

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 1 Mk inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Berlin N 24, Elsasserstr. 86-88 III
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz, Auguststraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Lehrlingsabteilung des Verbandes. Buchgewerbeausstellung und Wissenschaft. Rundschau. Soziale Monatschau. Die Entstehung der Gewerkschaften, II. Die Sieghaftigkeit des Organisationsgedankens. — **Allgemeines:** Technische Umwälzungen im Jahre 1913, I. Die oberste Instanz. Ortsberichte: Dessau, Mannheim, Mügeln. — **Der Lithograph:** Kollege Kremer vulgo Cherval. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Bramsche. — **Feuilleton:** Evangelium der Tat. Johann Gottlieb Fichte. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Buchgewerbeausstellung und Wissenschaft.

Wo auch immer eine neue Idee zündet, die Technik besitzt heute bereits gewaltige Mittel und Möglichkeiten, um die Außenwelt bis zu einem hohen Grade nach unseren Wünschen zu formen und die menschliche Seele zum wahren Beherrscher der Natur zu erheben. Von diesem Standpunkt aus muß jede Bewegung mit Freuden begrüßt werden, welche es unternimmt, Technik und Geist zu positiver Arbeit brüderlich zusammenzuführen, insbesondere durch intensive Wechselwirkung die Technik zu stärken, den Geist zu veredeln. Hiermit haben wir schon die Bedeutung der Leipziger Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik gekennzeichnet, oder jedenfalls die Tragweite hervorgehoben, die sie gewinnen kann, wenn sie in ihrem inneren Kern zutreffend verstanden und zum Mittelpunkt gemeinsamer Arbeit von den verschiedenen Richtungen des denkenden und werktätigen Schaffens erhoben wird.

Es ist gesagt worden, eine Ausstellung bezwecke in erster Linie wirtschaftliche Erfolge, Fühlungnahme der Interessentenkreise, Anlockung des Publikums, Wettbewerb um den ersten Platz im Konkurrenzkampf. Dies mag ersten Platz in Ausstellungen bisher der Fall gewesen sein. Wer indessen auch nur einen flüchtigen Blick auf die Arbeitsausschüsse der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik wirft, wird nicht bestreiten, daß hier in weitem Umfang wirtschaftliche, künstlerische, also rein ideelle Interessen im Spiel sind, und daß sich mit Recht hier die materiellen Zielpunkte von Buchhandel und Gewerbe in inniger Verbindung mit den geistigen Strömungen unserer Zeit finden. Beide Teile werden davon den größten Nutzen haben, einen Erfolg, dessen anregende Kraft sich schwer in direkten Zahlen einschätzen läßt, dessen Nachwirkung aber von vornherein sehr hoch veranschlagt werden kann.

Selbstverständlich hat eine Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik die allerstärksten Beziehungen zur Wissenschaft. Ist nicht das Buch das Hauptmittel, um wissenschaftliche Gedanken in die Erscheinung treten zu lassen? Ist nicht die graphische Darstellung ein Werkzeug zur Veranschaulichung jener Wege, die unser Geist in mühevoller Arbeit einschlägt? Die kulturgeschichtliche Abteilung wird zeigen, wie sich das Denken der Völker von den Uransätzen an bis zur Buchstabenchrift, von hier

Lehrlingsabteilung des Verbandes. An die Kollegenschaft!

Die Generalversammlung in Stuttgart hat zur Lehrlingsfrage folgende Entschlüsse getroffen: »Um dem Kampf gegen unsere Lehrlingsabteilung wirksam entgegenzutreten zu können, erwartet die Generalversammlung einen klaren und zielbewußten Ausbau unserer Lehrlingsabteilung. Um diesen Ausbau zu ermöglichen, beschließt die Generalversammlung die Schaffung einer Zentralkommission für die Lehrlingsabteilung, deren Vorsitzender im Angelegenheiten der Lehrlingsabteilung im Hauptvorstande Sitz und Stimme hat.

Aufgaben der Zentralkommission:

1. Die lästigen Fesseln, die der Agitation für unsere Lehrlingsabteilung durch die Vereinbarungen angelegt sind, wieder zu beseitigen.
2. Mittel und Wege zu finden, daß die Bestimmungen in den Lehrverträgen, welche sich gegen die Lehrlingsabteilung unseres Verbandes richten, beseitigt oder unwirksam gemacht werden.
3. Mit den örtlichen Lehrlingskommissionen in ständiger und engster Fühlung zu bleiben, um Gelegenheit zu haben, das eingehende Material sichten und verarbeiten zu können; hierdurch ist die Zentralkommission in der Lage, den Unterkommissionen die notwendigen Anregungen, bestimmte Richtlinien und ein klares Ziel für den weiteren Ausbau unserer Lehrlingsabteilung zu geben.
4. Die Schaffung von Bezirkskommissionen für kleinere Zahlstellen.

Alle Anregungen und Anträge zum Ausbau der Lehrlingsabteilung werden der Zentralkommission als Material zur Berücksichtigung überwiesen.

Ferner beauftragt die Generalversammlung den Hauptvorstand und die Zentralkommission für die Lehrlingsabteilung, baldigst eine Konferenz der tätigen Leiter unserer Lehrlingskommissionen einzuberufen, die nach dem Austausch bisheriger Erfahrungen die weitere Bildungsarbeit auf gemeinsamer Grundlage aufzubauen hat.

Die Zentrallehrlingskommission hat sich konstituiert. Sie setzt sich zusammen aus je einem Gehilfen- und Lehrlingsvertreter jeder Berufssparte und einem Vertreter des Hauptvorstandes. Die erste Aufgabe der Zentralkommission war, die bestehenden örtlichen Lehrlingskommissionen festzustellen und die Zahl der überhaupt vorhandenen und organisierten Lehrlinge zu ermitteln. Diesbezügliche Fragebogen wurden vom Hauptvorstand an die Mitgliedschaftsvorstände versandt und wir erwarten deren genaue und schnellste Beantwortung.

Die nächste Aufgabe der Zentrallehrlingskommission war die Festsetzung des Tätigkeitsgebietes. Als ihre Aufgabe erachtet die Zentrallehrlingskommission die Förderung:

1. der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder,
2. der geistigen Entwicklung,
 - a) durch fachtechnische Weiterbildung,
 - b) durch allgemein wissenschaftl. Weiterbildung,
3. der körperlichen Entwicklung,
 - a) durch gewerblichen Jugendschutz,
 - b) durch Sport und Spiel.

Die Wege, auf denen wir diese Aufgabe zu erfüllen gedenken, werden wir einer Konferenz unterbreiten, die durch Beschluß der Generalversammlung in Kürze stattfinden wird. Ferner werden auf dieser Tagung die organisatorischen Aufgaben der Lehrlingsabteilung, die Bezirksabteilung etc. zur Eriedigung kommen. Wir bitten, dieses Programm in den Lehrlingskommissionen und Lehrungsverfassungen, wie auch in den Kreisen der Gehilfen zur Diskussion zu stellen und unsere weiteren Mitteilungen in dieser Sache abzuwarten.

Der Hauptvorstand: I. A.: Otto Sillier.

Die Zentrallehrlingskommission: I. A.: H. Eberlein.

bis zur Erfindung der mechanischen Vervielfältigung und schließlich zum ebenso eleganten wie vollendeten Druckwerk unserer Tage gestaltet hat. Eine Sonderausstellung wird die wissenschaftliche Graphik in ihrem historischen Werden verführen. Die moderne Bibliographie, das Informationswesen und nicht zuletzt die Organisation der geistigen Arbeit wird den produktiven Charakter der Wissenschaft einem jeden Besucher, der auch nur irgend mit ihr in Beziehung steht, demonstrieren, durch ausgewählte plastische Beispiele erläutern, wie wichtig die technischen Hilfsmittel für den Fortgang der Wissenschaft sind, wie wir gerade durch die Verbesserung dieser Hilfsmittel neuen, ungeahnten Erfolgen in allen Bezirken des Daseins entgegengehen. Aus solchen Bestrebungen erwächst naturgemäß die dringende Notwendigkeit, auch die systematische Seite der Wissenschaft zu entsprechender Geltung kommen zu lassen. Es ist eine eigene, aussichtsreiche Aufgabe, die Verzweigung der wissenschaftlichen Graphik in den einzelnen Disziplinen zu verfolgen, nachzuspüren, wie dieselben Bilder und Symbole in dieser und jener Abwandlung, hier wie dort, auftauchen. Außerdem bedenke man ein zweites! Denkmäler, Bilder, Handschriften, Stadtpläne und Porträts wendet der Historiker an, Zeichnungen und Tabellen verfertigt der Statistiker: Sollen wir nicht hoffen, daß sich die graphischen Erregenschaften der einen Disziplin analog für ein anderes Gebiet ausnützen lassen? Sicherlich kann durch die Ausstellung solcher Anschauungsmittel der einzelne am intensivsten und ausdrucksvollsten über die unendlichen Regionen wissenschaftlichen Arbeitens orientiert werden. Wir plädieren somit für eine einheitliche Ausstellung von wissenschaftlichen Anschauungsmitteln und Demonstrationsobjekten. In den Kreis der darzubietenden Gegenstände müssen ferner sämtliche Hilfsmittel einbezogen werden, die zur Ergänzung des Buches dienen und geeignet sind, wissenschaftliche Gedanken zu übermitteln. Insbesondere gehören dahin auch wissenschaftliche Zeichen, Symbole und Abkürzungen. Um dem Leser ein richtiges Bild zu geben, erwähnen wir folgende Beispiele: wissenschaftliche Zeichensprache, mathematische, astronomische, physikalische, meteorologische Symbole und graphische Darstellungen. — Geographische Symbole (Weg, Eisenbahn, Wald, Haus usw.) — Militärische Terrainlehre, Schiffs- und Seewesen (Bezeichnung von Untiefen, Signalwesen, Flaggenwesen). — Graphische Fahrpläne. — Die Diagramme der Technik, symbolische Aufträge in technischen Werkstätten. — Medizinische Graphik, Herzkurven, körperliche Darstellungen medizinischer Erkenntnisse zu diagnostischen und therapeutischen Zwecken. — Sprachensymbolik. — Musikalische Symbole. —

Man hat bisher nirgend Gelegenheit gehabt, die technischen Arbeitsmittel der Wissenschaft in plastischen Symbolen einheitlich versammelt zu schauen. Es wird dabei nicht darauf ankommen, durch eine ungeheure Zahl von Gegenständen zu glänzen, sondern die Beispiele

müssen recht typisch gewählt sein, denn sonst wird der Zweck, ein zusammenhängendes Bild des wissenschaftlichen Denkens zu geben, verfehlt. Auch der Fachmann wird billigerweise nicht über die Willkür in der Auswahl zu schelten haben, sondern er wird zufrieden sein, wenn er diesen oder jenen Gegenstand seiner Disziplin schauen darf. Ohne Willkür geht es schließlich nirgends ab und für den vorliegenden Zweck ist ja am Ende jeder wirklich anschauliche Gegenstand geeignet, um wenigstens an einer Stelle in den Bannkreis eines Problems einzuführen. Man kann sogar sagen, jeder Schritt, den die Ausstellung nach dieser Richtung hin tut, ist schon ein Gewinn, denn jeder wissenschaftliche Arbeiter wird es empfinden lernen, wie schlimm, wie gefährlich es ist, daß er eigentlich nur auf seinem Gebiete wahrhaft anschauliches Material besitzt, indem ihm im übrigen meist tote Bücher zur Verfügung stehen.

Die in unseren Ausführungen zu Tage tretende Auffassung reicht weiter, als es auf den ersten Blick erscheint. In letzter Linie ist eigentlich alles, was der Mensch durch seine Kraft, durch sein Denken hervorbringt, zugleich ein Symbol seines Innern, seiner Seele. Wird das Ausstellungsmaterial von diesem Standpunkt vereinigt, geordnet und bewertet, wird dieser Gesichtspunkt auch dem ganzen Unternehmen gegenüber von der Leitung zur Geltung gebracht, dann schildert jede verständnisvoll ausgebaute Abteilung Natur und Seele in inniger Verknüpfung und Wechselwirkung. So erhebt sich das in Leipzig geplante Werk nicht allein zum Sammelpunkt alles dessen, was bisher erreicht ist, sondern zur ungeheuren Ideell belebenden Kraft für den einheitlichen Vormarsch unsrer Technik und Kultur!

Dr. Walter Pollack, Charlottenburg.

Rundschau.

Zukunftsehen. Solange die Menschheit lebt, solange lebt in ihr ein Gefühl von Ehrfurcht, Sehnsucht und Bewunderung. Bei den unkultivierten Völkern ist dieses Gefühl noch unentwickelt. Der Mensch der niedrigsten Stufe blickt nur auf zu den allerniedrigsten Wesen, den kleinen und kleinsten Naturgestirnen und den Seelen der Verstorbenen. Er kennt auch höhere Mächte, jene gewaltigen Naturkräfte, die da stürmen und leuchten, doch kennt er sie nur mit dem Verstande. Er lebt ihnen nicht mit seinem Gefühle. Erst auf höherer Kulturstufe bringt der Mensch auch jenen großen, mächtigen Kräften der Natur Bewunderung und Ehrfurcht entgegen, blickt er auf zu den leuchtenden Gestirnen, zum Monde und zur lichtspendenden Sonne. Und immer weiter wird der Kreis, dem die Ehrfurcht gilt, immer erhabener das Objekt der Bewunderung und Sehnsucht, bis heute bei weiten, weiten Scharen der Zukunft der Menschheit das Herz entgegen schlägt. Gibt es etwas Herrlicheres, zu dem der Mensch die Augen erheben kann, als die kommende Zeit mit ihrer Hoffnung, Freude und Zuversicht, und gibt es in der unendlichen Natur etwas Universaleres und Erhabeneres, als jenes Sehnen, das der ganzen Menschheit gilt? — Und wie der Mensch immer Höherem und Erhabenerem sein innerstes Gefühl entgegenbrachte, bis es heute bei weiten Massen der Menschheit und ihrer Zukunft gilt, so wuchs auch in seinem Herzen die Tiefe und Stärke des Empfindens. Das Sehnen, das zuerst allein dem Ich galt, erstreckte sich auf immer weitere Kreise, bis sich in jenen weiten Scharen heute ein inziges Sichinsfühlen mit der ganzen Menschheit entwickelt hat, ein Sichinsfühlen mit solch stürmischem Gären, solch feuriger Leidenschaft, solch wildem Wallen und solch heißem Sehnen, wie es noch keine Zeit gekannt. Mit unserer ganzen Persönlichkeit wollen wir dem Ganzen leben und der Zukunft, wenn wir eintreten für gesunde Lebensbedingungen in unserem Berufe, so geschieht auch das nicht aus plumpem Egoismus. Ein Mitkämpfen zu einem gerechten und sittlichen Leben des Ganzen ist es, wenn jeder einzelne eintritt für eine Förderung seines Berufes. Wie es nichts Erhabeneres und Herrlicheres gibt, dem der Mensch sein innerstes Ich, sein heiligstes Empfinden entgegenbringen kann, als die weite Menschheit und ihre Zukunft, so kann es auch kein edleres Empfinden geben, als es sich in jener selbstlosen Liebe zeigt, die in jenem großen Menschheitssehnen zum Ausdruck kommt. Dieses Sehnen nach einem besseren Zukunftsleben, wie es sich in unserem Kampfe für Menschenrecht zeigt, ist darum die Menschheitsreligion in ihrer edelsten, vollendetsten Form.

Die Frankfurter Gelben, die sich bekanntlich beleidigt fühlten, als wir ihr Techtelmechtel mit dem schamhaften Schutzverbändertum an das Licht der Öffentlichkeit zogen und getrend brandmarkten, liefern durch ihr Mittelteilungsblatt Nr. 24

vom 20. Dezember 1913 den Nachweis, daß wir damals nicht zu viel gesagt und daß wir sie richtig gekennzeichnet haben. In dem in diesem Mitteilungsblatt veröffentlichten Kassenbericht über das II. Quartal 1913 werden nämlich als Einnahme in der Invalidenkasse u. a. an 12679 Extrabelträgen à 40 Pfg. 5071,60 Mk. verbucht. Diese 5071,60 Mk. sind die Subvention, die der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer an den Unterstützungsverein Senefelder in Frankfurt a. M. für das erste Halbjahr 1913 ausgezahlt hat! Daß der Schutzverband diese Summe nicht zum Fenster hinaus wirft, sondern daß er dafür entsprechende Gegenleistungen erwartet, ist ebenso selbstverständlich wie der Charakter dieser Gegenleistungen. Der Unterstützungsverein hat sich durch die Annahme dieser Subvention mit allen seinen Mitgliedern dem Schutzverbändertum ausgeliefert! Er hat alles getan, was seine Führer bei ihrer Klage gegen uns vor Gericht mit tiefster sittlicher Entrüstung abgelehnt haben! Wer sich nicht mit dem Frankfurter Verein dem Schutzverbändertum auf Gnade und Ungnade preisgeben will, wird wissen, was er angesichts dieser vollzogenen Subvention zu tun und zu lassen hat. — Aus dem Bericht ist noch erwähnenswert, daß die Mitgliederzahl am Beginn des II. Quartals 1913 1325 und am Schluß 1324 betrug und daß die 3. ordentliche Generalversammlung der Frankfurter Gelben Ostern dieses Jahres in Berlin stattfinden soll.

Der Terrorismus der Unternehmer. Was haben wir in unserer Zeit mehr hochzuhalten als eben den Schutz der persönlichen Freiheit? Dieser Schutz ist uns freilich aus Verfassung und Gesetzgebung heraus etwas Selbstverständliches geworden. Ein Grundrecht des Volkes. Aber wo ist dieser Schutz, wenn ein Arbeiter, der sich nicht einer bestimmten Organisation anschließen will, durch Bedrohungen und alle möglichen Schädigungen von seiner Arbeitsstelle verdrängt wird und mit Weib und Kind als ein Geächteter herumziehen muß? Diese Worte gebrauchte kürzlich das Leipziger Tageblatt zur Begründung des Arbeitswilligenschutzes. Woblan. Greifen wir die Worte auf und drehen wir die Frage um! Wo ist der Schutz, so muß gefragt werden, wenn sich ein Arbeiter entschlossen hat, sich einer bestimmten Organisation anzuschließen? Wird er nicht vom Unternehmer durch Bedrohung und alle möglichen Schädigungen von seiner Arbeitsstelle verdrängt und muß er nicht mit Weib und Kind als ein Geächteter herumziehen? Eine Fülle von Beweismaterial hierfür erbringt ein Buch über »Die Arbeitsordnungen in den gewerblichen Betrieben Deutschlands«, das im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart erschienen ist. Der Verfasser, Arbeitersekretär Kleeis in Halle a. S., hat in über 2000 Arbeitsordnungen aus allen Gegenden des Reiches Einsicht genommen und einen Extrakt daraus zusammengestellt. Er zeigt, wie die Arbeitsordnung für die Unternehmer zum Mittel geworden ist, die in den verschiedenen Gesetzen hier und da verstreuten schädlichen Vorschriften zum persönlichen, wirtschaftlichen und politischen Schutz der Arbeiter außer Kraft zu setzen und mit dem Mittel selbst den schlimmsten Terrorismus zu betreiben. Der Abschnitt des Buches »Die Arbeitsordnung als Kampfmittel gegen die Arbeiterbewegung« führt unter genauer Angabe der Betriebe eine große Anzahl von Auszügen aus den Arbeitsordnungen an, mit denen die Unternehmer jede freie Regung und den Anschluß an eine gewerkschaftliche und sozialdemokratische Organisation bekämpfen. Bestimmungen wie folgende: »Jede in die Beschäftigung eintretende Person darf weder als Mitglied noch in anderer Eigenschaft einer sozialdemokratischen Organisation angehören«, oder: »Die Agitation für einen Fachverein oder eine sonstige Arbeiterverbindung berechtigen die Fabrikverwaltung zur sofortigen Entlassung«, sind nur zu häufig anzutreffen. In einer Arbeitsordnung vom Jahre 1898 steht folgendes: »Es ist eine Ehrenpflicht der Arbeiter, sozialistische Agitationen und dergleichen unredemäßige, das Werk schädigende Handlungen zu verhindern und ungesäumt zur Kenntnis ihres Vorgesetzten zu bringen. Es ist dies keine Verletzung der guten Kameradschaft, da derartige ehrvergesene Handlungswiese kein Mittel verdient. Die in solcher Weise pflichtgetreu Handelnden werden gegen jede Unannehmlichkeit mit allen der Firma zu Gebote stehenden Mitteln geschützt werden.« Unter der Arbeitsordnung steht: »Geprüft und nichts zu erinnern. Kgl. Amtshauptmannschaft zu Großhain.« Und das alles, obgleich die Mehrheit des Reichstages bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches Klauseln im Dienstvertrag, die dem Arbeiter das Vereinigungs- und Koalitionsrecht beschränken, ausdrücklich für sittenwidrig erklärte! Das Buch des Genossen Kleeis bietet auf 127 Seiten eine Fülle gut verarbeiteten Materials, das bei der gegenwärtigen Abwehr der Hetze gegen das Koalitionsrecht gute Dienste leisten kann. Es verdient weiteste Verbreitung.

Sterbetafel. August Beyer, ein alter Kämpfer der Bauarbeiterbewegung, ist am 12. Januar in Leipzig gestorben. Er war 1859 geboren und kam schon in der Jugend in die Arbeiterbewegung. Nach der Zerrüttung der Gewerkschaften durch das Sozialistengesetz gehörte er in Leipzig zu den ersten, die sich an dem Wiederaufbau der Fachvereinsbewegung beteiligten und auf dem

ersten Gewerkschaftskongreß nach dem Sozialistengesetz, Halberstadt 1892, war er Delegierter der Maurer. Seit Errichtung des Volkshauses war er der anerkannt tüchtige Verwalter dieser Einrichtung der Leipziger Gewerkschaften. — Ludwig Rexhäuser, über dessen schwere Erkrankung wir in Nr. 3 der »Graph. Presse« berichteten, ist am 22. Januar im Krankenhaus zu Füssen in Oberbayern verstorben. Er hat in der deutschen Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle gespielt. Nach den Tarifstreitigkeiten im Jahre 1896 übernahm er die Redaktion des »Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker«, der von ihm nicht nur in durchaus tariftreuem, sondern auch im Sinne strenger Neutralität der Gewerkschaften bis zum Mal 1910 geleitet wurde. Die Umstände, die zu seinem Ableben führten, haben wir in Nr. 3 behandelt. Es ist sehr zu bedauern, daß dieser fähige Mann ein solches Ende gefunden hat.

Volksfürsorge. Organ der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg. Unter diesem Titel gibt die »Volksfürsorge« seit Januar 1914 ein eigenes Monatsblatt heraus, das zur Orientierung ihrer Verwaltungskommissionen, Rechnungsführer und Vertrauensmänner dienen und alles Wissenswerte aus dem Gebiete der Volksversicherung im allgemeinen und der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge im besonderen mitteilen und besprechen soll. Es wird von Karl Hildenbrand redigiert. Die erste Nummer ist ansprechend und reichhaltig. Wir wünschen dem neuen Organ bei der Arbeit für die gemeinnützige, gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Volksversicherung »Volksfürsorge« im Interesse der deutschen Arbeiterschaft gute Erfolge.

Verfall von Volksversicherungen im Jahre 1912. Einer der allgemein anerkannten Nachteile bei der Volksversicherung ist der ungemäße häufige vorzeitige Verfall von Versicherungen in den ersten drei Jahren. Wenn der Versicherte in dieser Zeit seine Prämien nicht mehr weiterzahlen kann, erlischt bei den Privatgesellschaften die Versicherung unter vollem Verlust der bereits bezahlten Prämie. Die durch die Genossenschaften und Gewerkschaften gegründete Volksfürsorge stellt diesen großen sozialen Mangel dadurch ab, daß sie bei Nichtweiterzahlen im ersten Jahre der Versicherungsdauer die bereits bezahlten Prämien unter Abzug eines angemessenen Prozentsatzes für Risiko und Verwaltung als einmalige Prämie auf die Sparversicherung überträgt und die Versicherung in eine prämienfreie Versicherung umwandelt. Daß diese Verbesserung eine große Bedeutung für das arbeitende Volk hat, das zeigt offenkundig die große Zahl der jährlich vergütunglos verfallenden Versicherungen in nachfolgender Tabelle:

Gesellschaft	Gesamt-abgang	Davon Verfall ohne Vergütung	Prozent vom Gesamt-abgang	Ohne Vergütung verfallene Versicherungs-summe in tausend Mark
Viktoria	316303	88666	28,0	26557
Friedrich Wilhelm	186369	131161	70,4	23447
Iduna	66507	52977	79,7	10350
Wilhelma	26292	20637	78,5	6008
Deutschland	11227	7547	67,2	1712
Arminia	16675	4567	27,4	938
Hamburg-Mann-				
helm	15009	11170	74,4	3590
Urania	7058	4069	57,6	930
Allg. Deutscher				
Versich.-Verein	2286	798	34,9	304
Freya	9175	9007	98,2	2562

Aus dem Auslande.
Frankreich. Die »Typographia«, Sektion deutsch-sprechender Buchdrucker im französischen Verbands, zählte Ende 1913 17 Mitglieder, darunter 10 Deutsche, je 2 Schweizer, Österreicher und Franzosen und 1 Rumäne. Im Vereinslokal liegen auf: »Korrespondent«, »Vorwärts«, »Helvetische Typographia«, »Graph. Presse« und »Allg. Anzeiger für Druckereien«. Vorsitzender ist Carl Giebler, 2 rue de Brissac, Paris IV. Alle Zuschriften sind an diese Adresse zu richten. Die Sektion war bemüht, alle deutsch-sprechenden graphischen Berufskollegen in Paris in ihren Reihen zu vereinigen. Bisher konnten jedoch nur 2 Steindruckere als Mitglieder gebucht werden, nachdem der Sektion bereits vorübergehend auch Xylographen, Lithographen und Chemigraphen angehört hatten. Die Sektion ist dem deutschen Gewerkschaftskartell in Paris angeschlossen, das seinen Sitz jetzt nach 7 rue Notre Dame de Bonne Nouvelle, Brasserie André, verlegt hat. Alle nach Frankreich reisenden organisierten deutschen Kollegen werden eingeladen, sich der »Typographia« und durch sie auch dem deutschen Gewerkschaftskartell anzuschließen. Daß sie natürlich auch zu unserm französischen Bruderverbande übertreten müssen, ist ganz selbstverständlich und bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Österreich. Zur Beilegung des Tarifkampfes der Buchdrucker finden am 28. d. M. im Handelsministerium unter der Leitung des Sektionschefs Dr. Mataja Besprechungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Gehilfenschaft statt. Gleichzeitig hat das Handelsministerium das Tarifamt der deutschen Buchdrucker zu Berlin eingeladen, einige seiner Mitglieder als Sachverständige zu den Besprechungen zu entsenden.

Generalversammlungen und Kongresse.

Verbandsvorstände. Vom 12. bis 14. Januar fand eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände im Berliner Gewerkschaftshaus statt. An erster Stelle wurde über die Regelung der Unterstützung außerordentlicher Lohn- und Abwehrkämpfe im Wege des Umlageverfahrens beraten und der Generalkommission die weitere Ausarbeitung eines bezüglichen Regulativs überlassen. Sodann wurde nach eingehender Debatte beschlossen, den seit dem Berliner Gewerkschaftskongress 1896 bestehenden Gewerkschaftsausschuß zu besetzen und die Vorstandskonferenzen zu einer legalen und die Gewerkschaften auszugestalteten. Eine Neugestaltung des vom Stuttgarter Kongress 1902 beschlossenen Regulativs ist der Generalkommission übertragen worden. Der bevorstehende Kongress in München soll darüber Beschluß fassen. — Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, deren seit 1906 jährlich 3-4 abgehalten wurden, sollen, nachdem so viele gewerkschaftlich tätige Kräfte teilgenommen haben, daß dem dringendsten Bedürfnis damit Genüge geleistet ist, derartig eingeschränkt werden, daß jährlich nur noch ein solcher Kursus stattfindet, dessen Teilnehmerzahl 50 nicht überschreiten darf. Es sind seit 1906 insgesamt 20 allgemeine Unterrichtskurse für 1274 Teilnehmer abgehalten worden, ungerichtet die Spezialkurse für Arbeitersekretäre. — An der *Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914* werden sich die Gewerkschaften durch eine Kollektivausstellung ihrer Gewerkschafts- und technischen Fachblätter beteiligen. Die Ausstellung weiterer Druckerzeugnisse (Jahrbücher usw.) wurde den einzelnen Gewerkschaften anheimgestellt. — In Wien findet in diesem Jahre ein internationaler Kongress für Gewerkschaften statt, mit dem eine Ausstellung von Präparaten, Stoffen und Verbindungen sowie Darstellungen, die auf die Entstehung, Verhütung, klinische Behandlung und Heilung von Gewerkskrankheiten Bezug haben, verbunden wird. Auf Einladung der Kongressleitung wird den Gewerkschaften nahegelegt, der letzteren ihre für Ausstellungszwecke geeignete Materialien zur Verfügung zu stellen und sich auf dem Kongress, soweit dies ihr Berufsinteresse erheischt, vertreten zu lassen. Alle Referate für den Kongress sind vorher schriftlich einzusenden. — Eine bedeutungsvolle Neuerung beschloß die Konferenz für eine Reihe seit längerer Zeit vorliegender Grenzstreitigkeiten, deren endgültige Erledigung durch Beschluß mit bindender Wirkung durch Schiedsgerichte herbeigeführt werden soll. Zu jedem dieser Schiedsgerichte wählen die beteiligten Verbände je 3 unparteiliche Schiedsmänner, die sich einen weiteren Unparteilichen als Obmann wählen. Die beteiligten Verbände haben vor Einsetzung des Schiedsgerichts zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch fügen wollen. — Unter den sonst noch erledigten Fragen ist bemerkenswert, daß den Verbandsvorständen nahegelegt wurde, dahin zu wirken, daß alle Gewerkschaften gemäß dem Vereinbarungsbeschluß der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen den auf den 1. Mai jedes Jahres entfallenden Gehaltsanteil an den Malfeierfonds ihres Bezirks abführen.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 26. Januar 1914.

Sozialpolitik im Reichstage. Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Arbeiterschutzanträge zum Etat des Reichsamtes des Innern. Ablehnung jeder weiteren Förderung der Sozialpolitik durch den Staatssekretär. Hetze gegen das Koalitionsrecht. Für die Streikfreiheit Antrag auf Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes. Farbe bekennen!

Die Verhandlungen des Reichstages, der am 13. Januar seine Arbeit wieder aufnahm, waren von hervorragender sozialpolitischer Bedeutung. Das gilt hauptsächlich von der ersten Lesung des Sonntagsruhegesetzes und der Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern.

Der die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffende Gesetzentwurf befriedigt leider in keiner Weise. Da von vornherein gesagt wird, daß die Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in der Regel »nur drei Stunden beschäftigt werden dürfen, daß aber die Polizeibehörden mit Zustimmung höherer Verwaltungsbehörden die Sonntagsarbeit auch bis zu 6 Stunden »erlauben« dürfen, bleibt von der sogenannten Sonntagsruhe wirklich nicht viel übrig. Das wurde auch von den Genossen Bender und Dr. Quark auf Grund eines vorrefflichen Materials hervorgehoben. Schließlich verwies man den Entwurf an eine Kommission.

Zum Etat des Reichsamtes des Innern hat die sozialdemokratische Fraktion eine Reihe sozialpolitischer Forderungen der Arbeiterschaft durch die Einbringung von drei Resolutionen geltend gemacht, deren erste einen besseren Schutz der Jugendlichen und der Arbeiterinnen verlangt. Insbesondere soll das Schutzalter für Jugendliche auf das 15. Lebensjahr ausgedehnt, die Nachtarbeit für Jugendliche ganz verboten, für Arbeiterinnen und Jugendliche ein Maximum der täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden festgesetzt und eine weitere Herabsetzung der zulässigen Maximalarbeitszeit erstrebt werden. Die zweite Resolution betrifft gesetzgeberische Vorschläge im Interesse des Kranken- und Pflegepersonals. Die dritte verlangt die baldige Einbringung des bereits im Jahre 1891 in Aussicht gestellten Gesetzentwurfes zur Regelung der Arbeitszeit und

Ruhepausen für alle Angestellten im Gastwirtsgerwerbe unter besonderer Berücksichtigung der Jugendlichen.

Die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft wurden auch in der Debatte zunächst durch den Genossen Robert Schmidt wirkungsvoll zur Geltung gebracht, der ein zwar anschauliches, aber wenig erfreuliches Bild von den sozialen Zuständen in Deutschland zeichnete. Während sowohl aus den Anträgen als auch aus den Ausführungen des Redners der sozialdemokratischen Fraktion deren Wille zu positiver Mitarbeit bei der Verwirklichung sozialpolitischer Notwendigkeiten zu erkennen war, lehnte die Regierung — jede weitere Förderung der Sozialpolitik ab! Der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück erklärte kurz und bündig, daß der innerpolitische Kurs der Reichsregierung auf sozialpolitischem Gebiet zu einem gewissen Abschluß gelangt sei, sodaß jetzt eine Pause eintreten müsse! Das sagt der Regierungsvertreter angesichts der Massenarbeitslosigkeit und ihrer geradezu zum Himmel schreienden Folgeerscheinungen, die die regste Förderung der Sozialpolitik, besonders die Schaffung einer Reichsarbeitslosenversicherung, geblieben! Heilsen!

Während man sich dadurch, daß man hinter die bisherige Sozialpolitik einen großen Punkt setzen möchte, beim Scharfmachertum lieb Kind machen will, ist man auch in bezug auf die Hetze gegen das Koalitionsrecht nach Kräften bemüht, sich das Wohlwollen der Schließsteldreher im vollen Umfange zu erwerben. Vom Regierungstische trat man dieser Hetze belibelle nicht entgegen, wie es die Pflicht der Regierungsvertreter gewesen wäre, die doch eigentlich Recht und Gesetz verteidigen sollen, sondern derselbe Staatssekretär Dr. Delbrück, der jede weitere Förderung der Sozialpolitik für überflüssig hält, versetzte sich sogar zu der unerhörten Behauptung, daß das Recht zur Vereinigung in der Gesetzgebung nirgends festgelegt und gewährleistet worden sei. Der § 152 der Gewerbeordnung scheint also für die Regierung nicht zu existieren!

Genosse Wolfgang Heine hat dem Staatssekretär für seine Behauptung am 22. Januar eine gründliche Abfuhr zu teil werden lassen. Grade auf Grund der Ausführungen des Staatssekretärs verlangte Heine die volle gesetzliche Sicherung des auch ohne gesetzliche Bestimmungen ganz selbstverständlichen, natürlichen Rechtes der Koalition gegen alle die völlige Wehrlosmachung der Arbeiter, die schutzlose Preisgabe der Ausbeuteten an die Ausbeuter, die Versklavung des Proletariats bezweckenden Angriffe der Scharfmacher und reaktionären Gewalttäter. Mit einer Fülle von Material belegte er die Notwendigkeit der Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes, der ebenfalls zum Etat des Reichsamtes des Innern gestellt wurde und wie folgt lautet:

»Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, wodurch alle das Koalitionsrecht einschränkende ausnahmegesetzlichen Vorschriften in den Reichs- und Landesgesetzen aufgehoben werden und ferner für alle Personen, die ihre körperliche oder geistige Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt in den Dienst eines anderen stellen, das Koalitionsrecht gesichert wird. Insbesondere wird gefordert: 1. Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung. 2. Aufhebung des § 152 Abs. 1 ebenda auf alle Angestellten und Arbeiter, denen dieses Recht nach den geltenden Gesetzen vorenthalten wird. 3. Um die Anwendung des § 253 des Strafgesetzbuches auf Lohn- und Arbeitskämpfe auszuschließen, ist im Gesetz zum Ausdruck zu bringen, daß unter der Absicht der Verhinderung eines rechtswidrigen Vermögensverlustes nur die Absicht zu verstehen ist, sich oder einem Dritten einen dem Recht widerlaufenden Vermögensvorteil zu verschaffen. Es ist aber zum Ausdruck zu bringen, daß die Ankündigung der Arbeitsniederlegung keine Drohung im Sinne des Gesetzes darstellt. 4. Es ist im Gesetz ausdrücklich auszusprechen, daß jede Abrede und jedes Rechtsgeschäft als gegen die guten Sitten verstößend nichtig sind, wonach der Dienatverpflichtete gewissen, politische oder soziale Interessen vertretenden Vereinen nicht beitreten darf oder aus ihnen auszutreten hat. 5. Es ist mit Strafe zu bedrohen, wer die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter hindert oder zu hindern sucht.«

Dieser Antrag ist ein trefflicher Gegenstoß gegen die Hetze der Scharfmacher, deren Geschrei nach Einschränkung oder Beseitigung des Koalitionsrechtes er durch die Forderung nach seiner Sicherung und Erweiterung, nach ausdrücklicher gesetzlicher Festlegung des Rechts der gemeinsamen Vorenthaltung der Arbeitskraft zwecks Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse beantwortet. Der Antrag zwingt außerdem die Regierung und die bürgerlichen Parteien, Farbe zu bekennen; er wird der Arbeiterschaft wieder einmal zeigen, wo sie ihre Feinde und wo sie ihre Freunde zu suchen hat. △

Die Entstehung der Gewerkschaften.

II.

Wie hat sich nun die Umbildung der Gesellenverbände in andere Form der Verbindung vollzogen? Sind unsere heutigen Gewerkschaften in England und dann auch in Deutschland Fortbildungen der Ge-

sellenverbindungen des späteren Mittelalters oder sind sie eine ganz neue, selbständig erwachsene Erscheinung? In dieser Beziehung besteht ein Meinungsunterschied zwischen Forschern, die auf dem Gebiete der Geschichtsschreibung des Gewerkschaftswesens viel geleistet haben: Lujo Brentano auf der einen Seite und das Ehepaar Webb auf der andern. Brentano ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften, namentlich die englischen, zurückzuführen sind auf die Ausläufer der Bruderschaften des Mittelalters. Die Webbs bestreiten das und nehmen als Beweis an, daß nicht eine einzige Urkunde für diese Behauptung angeführt werden kann. Brentano sagt nun: Daß Urkunden nicht vorhanden sind, ist ganz erklärlich; denn wo sind die Dokumente überhaupt geblieben, die uns Aufschluß über die Gesellenverbindungen geben können? Brentano selbst hat Anfang der 70er Jahre z. B. noch Dokumente der englischen Maschinenbauer gefunden und für seine Arbeiten benutzen können, die, als die Webbs ihr Buch schrieben, inzwischen schon vernichtet waren. Zweifellos ist der Umstand, daß es unmöglich ist, über eine Bewegung Urkunden aufzutreiben, noch kein Beweis, daß die Bewegung nicht da war. Trotzdem neige ich zur Auffassung der Webbs. Auch ich glaube nicht, daß die heutigen Gewerkschaften als eine Fortbildung der alten Gesellenverbindungen betrachtet werden können. Diese sind viel zu konservativ, zu engherzig und einseitig gewesen, um sich zu Kampforganisationen im wahren Sinne des Worts entwickeln zu können. Wie es sich indes in England verhalten haben mag, in Deutschland ist die einfache Umbildung schon dadurch geradezu unmöglich gewesen, daß im Zeitalter des Absolutismus, im 17. und 18. Jahrhundert, die Gesellenverbindungen fast überall unterdrückt worden sind. Es gab eine gewisse gewerbliche Fürsorge, namentlich örtlicher Natur, für die Gesellen. Unterstützungseinrichtungen für Kranke und dergleichen. Auch ward den Gesellen das Recht eingeräumt, sich bei den Innungen eine Vertretung, die Allgesellen, zu wählen, und das Herbergswesen bot ihnen die Möglichkeit, im Stillen bestimmte Meister in Verruf zu erklären usw. Aber eine selbständige Organisation, die in eine moderne Gewerkschaft hätte umgebildet werden können, hatten sie nicht. Der heutige Arbeiter weiß überhaupt nicht, kann sich gar nicht recht vorstellen, was seine Großväter und weiteren Vorfahren alles durchzumachen hatten an Unterdrückungen und Bevormundungen. Er kennt die reaktionäre Heimatsgesetzgebung nicht, die unwürdige Kontrolle durch das Wanderbuch und die Arbeitsbücher, die bis 1869 bestanden hat. Diese Kontrollmittel wurden oft zu wirklichen Urteilsurteilen. Wer weiß heute noch etwas von der Einrichtung des Zuschickens? Der Geselle durfte in vielen Städten nicht nach freiem Ermessen zu jedem beliebigen Meister Arbeit suchen gehen. Er mußte sich bei der Ortsbehörde anmelden und wurde mit einem Zettel bestimmten Meistern zugeschickt. Erst wenn er beim ersten keine Arbeit erhielt, durfte er zum zweiten gehen und so weiter. Und nach der Revolution von 1848 haben die Hamburger Gesellen um die Aufhebung des unwürdigen Zuschickens petitionieren müssen. Also wenn sie auch auf Grund von Herbergseinrichtungen und Unterstützungskassen, die an einzelnen Orten vorhanden waren, zusammenkommen, Gewerkschaften konnten sie nicht bilden. Die Bewegung mußte andere Formen suchen und sie fand sie auch.

Zuerst im Mutterlande des modernen Kapitalismus, in England, wo auch die Bevormundung nicht so stark ausgeübt wurde, wie in Deutschland. Bei uns heißt es: Was nicht erlaubt ist, ist verboten! In England dagegen heißt es: Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt! Und dazu kommt dann in der Praxis noch die Regel: Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter, die in England dadurch besondere Bedeutung hatte, daß dieses Land kein Polizeistaat war. In England war also der Zusammenschluß der wirtschaftlich Abhängigen auch rechtlich weit eher möglich, als in Deutschland. Bereits im 18. Jahrhundert bildeten sich denn auch berufliche Arbeitervereine, trade clubs oder trade societies genannt, von trade = Gewerbe und club oder society = Verein, zuerst meist als gesellige oder Unterstützungs-Vereinigungen. Wie aber auch die Organisationen zuerst aussahen, waren sie einmal da, so war es nur natürlich, daß in ihren Zusammenkünften die wirtschaftlich Abhängigen offiziell oder unofficial die Verhältnisse im Gewerbe besprachen und gelegentlich auch sich verabredeten, die Arbeit einzustellen, um bestimmte Forderungen geltend zu machen. So ward aus dem bloßen Unterstützungsverein der Gewerkeverein. Diese Vereine rein örtlicher Natur für die einzelnen Berufe traten dann über den Ort hinaus mit ähnlichen Vereinen desselben Berufs in Verbindung, in erster Linie oft, um eine Art Reiseunterstützung für ihre wandernden Mitglieder zu organisieren, dann aber auch, um Gegenseitigkeit zu üben. So entwickelten sich aus den rein lokalen trade-clubs nach und nach die über ganze Provinzen oder den ganzen Staat sich ausdehnenden trade-unions, föderative Gewerkevereinsverbände. In den Jahren 1799 bis 1824 wurden die oft sehr gewalttätig auftretenden Arbeiterverbindungen von den englischen Maschinenbauern verboten und stark verfolgt. Indes auch in dieser Zeit der Unterdrückung hat es freies und Verhandlungen gegeben, die später offiziell anerkannt worden

sind. Eine erträglich aber noch immer begrenzte Freiheit erlangten die Gewerkschaftsverbände erst in den Jahren 1824 und 1825. Es entspann sich unter der Einwirkung der politischen Gährung und der aufkommenden sozialistischen Theorien für die Gewerkschaften eine neue revolutionäre Epoche, die man als die Epoche des Syndikalismus bezeichnen kann. Sie wird beherrscht von dem Gedanken, durch die Arbeitseinstellung die ganze Gesellschaftsordnung über den Haufen werfen zu können. Durch einen verunglückten Generalstreik von für die damaligen Verhältnisse riesiger Ausdehnung brach sie aber 1834 zusammen. Dieser Sturm- und Drangperiode folgte eine Zeit der langsamen aber stetigen Entwicklung der englischen Gewerkschaftsvereine zu modernen Gewerkschaften.

Indes schon frühzeitig zeigen sich in England Unterschiede in der Tendenz und auch in der Form dieser Entwicklung. Besonders lassen sich zwei Grundformen unterscheiden, die allerdings nicht immer rein auftreten, sondern meist in gemischter Fassung, die aber trotzdem klar zu erkennen sind. Die eine Form ist die der rein gewerkschaftlichen Kampfverbände, die nur dem Zweck des Kampfes dienen und ihn mit keinem andern Zwecke verquiden wollen. Diese Organisationen nennen sich, wo sie sich über den Ort hinaus verbinden, meist Federations (Federation = Bund) oft aber auch schiedlich Unions, woher der Ausdruck trade unions stammt. In Frankreich hießen sie Widerstandsvereine = sociétés de résistance. In Deutschland wurden die ersten richtigen gewerkschaftlichen Verbindungen der Buchdrucker, Hutmacher, Schneider usw. in den 60er Jahren gegründet, in den 70er Jahren sprangen an vielen Orten, besonders in Berlin, sogenannte *Streikvereine* auf, die den englischen reinen Kampforganisationen entsprachen. Die zweite Form der Gewerkschaften hat ihre Wurzeln in Wohlfahrts- und Unterstützungsorganisationen, die nach und nach gewerkschaftliche Aufgaben übernehmen oder sich angleidern. Ursprünglich waren verschiedene der großen heutigen Gewerkschaften Englands, wie man noch aus ihrem Namen ersieht, solche reinen Hilfsvereine, die sich erst nachträglich zur Gewerkschaft ausbildeten. Später wurden aber auch Gewerkschaften gegründet, die von vornherein gewerkschaftliche Kampfaufgaben mit Unterstützungseinrichtungen verbunden. Das nun sind die beiden *Grundformen*: Die *Unterstützungs- oder Hilfskassen Gewerkschaft* und die *reine Kampforganisation*. Zwischen ihnen gibt es, wie schon bemerkt, viele Mischformen. Die reinen Streikvereine sehen sich gezwungen, ebenfalls Unterstützungseinrichtungen einzuführen, meist ist es zuerst die Sterbekasse. Um den Zusammenhalt der Mitglieder zu erhöhen, werden allmählich noch andre Unterstützungseinrichtungen eingeführt. Indes gibt es in England immer noch Gewerkschaften, die fast weiter keine andere als Kampfunterstützung auszuweisen. Wo derartige Gewerkschaften sich über das ganze Land verbreiten, ist denn auch der Zusammenschluß nur ein rein föderativer, während sich die Gewerkschaften mit einem ausgebauten Unterstützungswesen, gleichviel ob sie es nach und nach aufnehmen oder von vornherein mit Unterstützungseinrichtungen gegründet wurden, beim Zusammenschluß über den Ort hinaus meist eine festere zentralisierte Verbindung geben in Form einer straffen und starken Zentralisation. In Deutschland treten diese beiden Formen nationaler Gewerkschaftsverbände: die föderativen Verbindungen von reinen Kampfvereinen und die Zentralisationen mit Unterstützungseinrichtungen, auf der einen Seite als die sogenannten lokalistischen Gewerkschaften, die ja auch nur föderativ organisiert sind, und auf der andern Seite als zentralistische freie Gewerkschaften in Erscheinung.

Für die lokalistischen Organisationen, die national föderiert sind, ist bezweifelnd, daß bei ihnen der Lokalverein souverän ist. Die Lokalvereine geben da nur gewisse beschränkte Rechte, unter Umständen auch Mittel, die aber dann gewöhnlich auch nur beschränkt sind, an irgend welche Zentralinstanzen ab, denen sie aber gewöhnlich wenig Macht einräumen. Dadurch glaubt man der Bürokratie vorzubeugen, größere Kampffähigkeiten zu erlangen und so sozial leistungsfähiger zu werden. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß diese Annahmen irrig sind. Die Zentralinstanzen der föderativen Verbindungen in England lassen an Bürokratie gar nichts zu wünschen übrig, grade weil ihnen die Hände gebunden sind und damit auch jede schöpferische Initiative unmöglich gemacht ist. Eine gemeinsame dauernde Aktion ist in derartigen Organisationen schwer durchzuführen. Einen Teil der Erstarrung der englischen Gewerkschaftsbewegung führe ich auf diesen falschen verstandenen Föderalismus zurück, der auch noch die Statuten der meisten Gewerkschaften durchzieht, die weltgehende Unterstützung haben.

Bei den zentralistischen Gewerkschaften ist die Gesamtverbindung der Souverän. Sie gibt den einzelnen Mitgliedschaften ihre Rechte, Aufgaben und Vollmachten und vermag es, ihre Zentralinstanz leistungsfähig zu erhalten. Gewiß ist auch ein Überzentralismus möglich. Auch die zentralistischen Verbindungen haben ihre Probleme, ihre Schwierigkeiten. Aber die Erfahrung hat doch gezeigt, daß die größeren Möglichkeiten bei dieser Form der Verbindung liegen. Der ganze Zug der Zeit weist darauf hin. Als die Gewerkschaftsbewegung ent-

stand, konnte sie garnicht anders sein als lokalistisch. Der Lokalismus ist die *Form der Kindheit der Bewegung*. Wie lagen damals die Verkehrsmittel? Wie stand das Gewerbe selbst? In Deutschland wurde die erste Eisenbahn 1835, in England 1825 gebaut. Trotz der Entwicklung der großen Märkte war das ganze sonstige Leben der Gewerbe örtlicher Natur, ebenso daher die Strenge zwischen Selbständigen und Unselbständigen und die Verbindungen der Unternehmer. Aber der Verkehr hat sich enorm entwickelt, und in demselben Maße stieg auch der Verkehr der Unternehmer und dehnten sich ihre Verbindungen aus. Über alle lokalistischen Auffassungen ist die *Lokomotive*, sind die modernen Verkehrsmittel hinweggegangen. Und so ist allmählich die scheinbar größere Freiheit des Lokalvereins *Illusion* geworden und ist die *Zentralisation* die den Verhältnissen entsprechende Organisationsform.

Was erstreben die Arbeiter in den Gewerkschaften? Die Gewerkschaften haben sich, wie wir sahen, gebildet, als die Lohnfrage eine große Bedeutung für die Arbeiterschaft erhielt. Die sozialen Verhältnisse, der Einzug des Kapitalismus brachten es mit sich, daß die starken Mauern, die die einzelnen Gewerbe trennten, schmaler und niedriger wurden. Gleichzeitig bildete sich aber die horizontale Trennung zwischen den Klassen heraus: Die Kapitalisten, die Arbeiter! Daneben lernen die Arbeiter jedoch auch immer mehr erkennen, daß sie nicht nur gegen den bösen Willen, gegen die Ausbeutungswut von Unternehmern ankämpfen müssen, sondern daß auch der Druck der Konjunktoren jeweilig auf ihnen und den Unternehmern lastet, und immer mehr kommt es der Arbeiterschaft daher im Laufe der Zeit zum Bewußtsein, daß die Gewerkschaft gerade hier eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Sie muß versuchen, dem Druck der Konjunktur auf ihre Lohnverhältnisse einen *Gegendruck* entgegenzusetzen, ihn schon im Rahmen der heutigen Gesellschaft und soweit es auf dem Boden dieser Gesellschaft möglich ist, zu bekämpfen. Damit treibt auch ein drittes Moment die Arbeiter zum Zusammenschluß in Zentralverbänden: wie der einzelne Arbeiter ein Spielball der Konjunktur ist, so auch der einzelne lokale Gewerkschaft. Die Bekämpfung der Konjunktur ist nur möglich durch die stärkste Zentralisation der Arbeiterverbindung. So erwächst aus der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung die vorgeschrittene leistungsfähigste Form der Gewerkschaft: die Zentralorganisation, zunächst auf nationaler und allmählich auch auf internationaler Grundlage.

Die Sieghaftigkeit des Organisationsgedankens.

Man hat unser Zeitalter das Zeitalter der Organisation genannt. Mit Recht! Überall, wohin wir blicken, entdecken wir Vereine, Verbindungen, Organisationen, die die Pflege und Hebung beruflicher, politischer, künstlerischer oder wissenschaftlicher Interessen bezwecken. Es gibt fast keinen Beruf, keinen Stand mehr, dessen Angehörige sich nicht zu irgend einem Zweck zusammen getan hätten. Arbeiter, Unternehmer, Bauern, Handwerker, Beamte, Ärzte, Richter usw. sehen im Zusammenschluß, in der Organisation das Mittel, das in geeigneter Weise ihre Interessen fördert. Auch die sogenannten idealen Berufe, wie Maler, Schauspieler, Schriftsteller, sind von der allgemeinen Zeitströmung ergriffen und tummeln sich schon munter darin herum.

Organisationen hat es schon im Altertum und im Mittelalter gegeben, wie z. B. die Markgenossenschaften, die großen Frönhöfe, die Innungen, die Hansa usw. Aber in dem Umfange, in der ungeheuren Ausbreitung, wie sie heute bestehen, sind sie eine Frucht des modernen Kapitalismus. Gestützt auf die wirtschaftliche Entwicklung und im Besitze des Geldes und der Maschinen, war er der erste große Organisator. Er war der Gründer der großen Fabriken, der Aktiengesellschaften, der Kartelle, Syndikate und Trusts. Sein Streben war und ist die Zentralisation. Er brachte Hunderttausende, Millionen von kleinen Handwerkern und Geschäftsleuten um ihre Existenz und zwang sie, als Arbeiter in die Fabrik zu gehen. Aber in diesen Fabriken lernten die Arbeiter auch den Wert der Organisation, der Einigkeit kennen und schlossen sich zusammen. Die großen Meister der modernen Wirtschaftslehre, Marx und Engels, haben diese Entwicklung klar gesehen, als sie im Jahre 1848 das Donnerwort in die Welt hinaus riefen: *Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!* Seit dieser Zeit hat der Organisationsgedanke gewaltig die Geister erfaßt und es sollte eigentlich überflüssig sein, noch ein Wort über den Wert der Organisation zu verlieren.

Leder haben sehr viele Arbeiter diese Erkenntnis noch nicht gewonnen. Gewiß haben sich die Gewerkschaften in rapider Weise entwickelt und schon große Errungenschaften zu verzeichnen, worauf stolz zu sein wir allen Anlaß haben. Aber im Verhältnis zu der Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter überhaupt ist die Zahl der Organisierten noch sehr gering. Nach der Berufszählung im Jahre 1907 waren in Deutschland 14348016 Personen beschäftigt. In den freien Gewerkschaften waren 1912 2530390 Personen organisiert. Zählt man die christlichen

und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften als solche, die den Streik im Prinzip anerkennen, noch hinzu, so haben wir eine Gesamtzahl von 2884302 organisierten Arbeitern, also ungefähr 20 Prozent.

Es war in den letzten Monaten sehr viel vom politischen Massenstreik die Rede und jeder, der kundig ist, weiß, daß bei einem solchen Streik vor allem die Großbetriebe, die Betriebe mit 51 und mehr Beschäftigten, lahmgelegt werden müssen. Die Konzentration der Industrie ist heute bereits soweit vorgeschritten, daß der größte Teil der Gesamtproduktion in Großbetrieben hergestellt wird. Es lohnt sich daher, einmal das Verhältnis der Organisierten zu den überhaupt Beschäftigten und den in Großbetrieben Arbeitenden zu betrachten. Zu diesem Zwecke wollen wir einige typische Industriegruppen herausgreifen.

Überhaupt Beschäftigte	in den Großbetrieben Beschäftigte	Organisierte Arbeiter
	<i>Metallindustrie:</i>	
2057 302	1 228 662	574 538
	<i>Textilindustrie:</i>	
1 088 280	734 388	140 217
	<i>Bergbau- und Hüttenwesen:</i>	
860 903	832 051	117 875
	<i>Polygraphische Gewerbe:</i>	
200 852	91 521	130 482

Trotz des schnellen Wachstums der freien Gewerkschaften haben wir also noch einen sehr niedrigen Stand der Organisation. Im polygraphischen Gewerbe, zu dem auch unser Verband gehört, ist das Verhältnis im allgemeinen besser, in den meisten Industriegruppen aber noch schlechter wie oben angegeben. Die Unternehmerverbände sind uns in dieser Hinsicht weit voraus geeilt, denn soweit sie organisiert sind, beschäftigen sie in ihren Betrieben in den oben genannten Gruppen 796 288, 490 026, 469 982 und 55 357 Arbeiter. Diese Tatsache sollte allen Arbeitern ein Ansporn sein, mit aller Kraft an der Stärkung der Organisation mitzuhelfen.

Es sind also noch Millionen, die der Organisation fernstehen. Vor der Hand wird es überhaupt unmöglich sein, alle diese Millionen zu organisieren. Die heutige Gesellschaftsordnung mit ihrem für Menschen so furchtbar schweren Kampf ums Dasein ist ein guter Nährboden für Elemente, die den offenen Kampf mit dem Unternehmertum und der herrschenden Gesellschaft scheuen. Es gibt noch Tausende von gesinnungslosen Streibern, verbohrten Schwachköpfen und ähnlichen Typen, die ein großer Hemmschuh sind für das Vorwärtstreiben der Arbeiterklasse.

Dies sind jedoch nur wenige im Vergleich zu der großen Masse, die noch draußen steht und die wir noch gewinnen wollen. Und jedes neue Jahr, das die Ewigkeit gebärt, hat Dank unserer emsigen Arbeit Tausende an Mitgliedern den Gewerkschaften gebracht. Der Tritt des Proletarierheeres erschüttert die Erde immer mehr. Doch je mehr wir wachsen, desto zäher wird der Widerstand der Kapitalistenklasse. Der stete Konkurrenzkampf der Kapitalisten untereinander erfordert immer neue Mengen neuen Kapitals, das in die Produktion gesteckt wird. Und obgleich das Einkommen des Einzelnen steigt, sinkt doch die Profitrate der gesamten Kapitalistenklasse immer mehr von Jahr zu Jahr. Dies ist ein ökonomisches Gesetz. Durch verschiedenere Manipulation suchen die Kapitalisten dem entgegen zu wirken: Verbesserung der Maschinen; Erhöhung der Preise; größere Ausbeutung der Arbeiter. Dies sind alles sehr wichtige Momente, die man kennen muß, um die jetzt grassierende gelbe Seuche zu verstehen. Besonders durch das System des Amerikaners Taylor erreicht die Ausbeutung des Arbeiters einen Grad, der Bedenken erregen muß. Die immer größer werdende Anspannung der Muskeln und Nerven macht den Arbeiter frühzeitig schlaff, schwächt seine geistige Elastizität und nimmt ihm jedes Interesse am geistigen Leben. Es ist daher kein Wunder, daß viele Arbeiter die Flinte des Klassenkampfes ins Korn geworfen haben. Die schwächsten Charaktere fallen zuerst um. Für ein paar Silberlinge verraten sie ihre Mitarbeiter und vergehen sich an der Zukunft ihrer Familie.

Trotz dieser Tatsachen brauchen wir aber nicht zu verzagen. Dies sind alles Beweise, daß sich der Kapitalismus seinem Ende nähert. Mit brutaler Gewalt sucht er das Feld vor dem anstürmenden Sozialismus zu behaupten. Daß wir diesem großen Kampfe entgegen gehen, wissen die Kapitalisten ebenso gut wie wir. Vor einigen Jahren äußerte sich der Führer der österreichischen Industriellen, Dr. Schuster, in einer Versammlung seines Verbandes, daß er von dem Siege des Sozialismus fest überzeugt sei; aber es sei die Aufgabe der heutigen Kapitalisten, alles zu tun, um diesen Sieg des Sozialismus wenigstens in der Gegenwart zu verhindern. Wir aber schöpfen daraus neuen Mut und neue Hoffnung und geloben, immer mehr neue Streiter heranzuziehen. Die elenden Zustände, die heute bestehen, wie Entbehrung, Unterdrückung, Unsicherheit der Existenz, müssen beseitigt werden. Recht und Vernunft stehen auf unserer Seite; kommen noch hinzu eine straffe Organisation und eine alle Arbeiter umfassende Solidarität, dann können wir mit Ruhe und Zuversicht den kommenden Kämpfen entgegen sehen.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Technische Umwälzungen im Jahre 1913.

I.

Rastlos vollzieht sich die Entwicklung. Es kommt und geht. Alles ist und ist nicht, alles fließt, nichts ist beständig. Als einzig Beständiges steht mitten in der Erscheinungen Flucht, von allen Dingen aus der Entwicklung geboren, seinen Tribut fordernd, der Wechsel. Seine Herrschaft ist unerschütterlich und seine Rechte unbegrenzt. Wohin man auch blicken mag, wohin man kommt und geht, überall ist er da, der Wechsel, wie der ewige Jude, und macht seine Rechte geltend. Und so ergibt sich denn auch, daß alles, was ist, auch vernünftig ist; vernünftig um deswillen, weil es Ergebnis des Wechsels, der Entwicklung, ist, dadurch nicht so oder anders sein kann, sondern so sein muß, wie es ist. Jedes Resultat der Entwicklung aber, jedes Kind der Entwicklung, ist schon bei seinem Kommen dazu verurteilt, wieder zu gehen, trägt bei seiner Geburt schon den Keim des Todes in sich, um Höherem und Besserem zu seiner Zeit Platz zu machen. Und so setzt sich an die Stelle des Vergehenden Besseres, jedes ein Glied in der spiralenförmigen Vor- und Aufwärtsbewegung, Entwicklung.

Auf keinem Gebiete vollzieht sich die Entwicklung so schnell, auf keinem Gebiete herrscht der Wechsel so grausam, wie auf dem Gebiete der fortwährenden Verfeinerung des Werkzeuges. Rasend arbeitet der Mensch Geist. Erfindung auf Erfindung folgt; fast ist die eine noch gar nicht so richtig zur Anwendung gekommen, und doch schon überholt, weil Neues als Besseres an ihre Stelle gesetzt wurde. Im Nu ist mitunter die Arbeit eines Menschenlebens zertrümmert, in Scherben geschlagen, weil ein neues Problem gelöst ist. Und Probleme, die vor kurzem noch unlösbar erschienen, sind heute geradezu glänzend gelöst worden und staunend steht die Menschheit vor den Ergebnissen angewandter Wissenschaft, der Technik.

Die Technik scheint keine Grenzen zu kennen. Wohin sie kommt, walden Stoff oder welches Gebiet sie auch bearbeitet, nichts kann ihr widerstehen; alles zwingt sie in ihren Bann, alles macht sie sich untertänig, nichts ist ihr heilig. Und das alles nur, um des Menschen Kraft loszulösen vom Produkt, die Produktion immer unabhängiger vom Menschen zu machen. Hätte die technische Entwicklung den beabsichtigten Zweck, durch immer stärkere Verfeinerung und Mechanisierung des Werkzeuges den Menschen freier zu machen, ihn immer mehr loszulösen von der Produktion zur größeren Entfaltung seiner geistigen Kräfte, dann wäre es gut. So aber, unter dem Kapitalismus, ist die immer stärkere Loslösung der menschlichen Arbeitskraft vom Produkt lediglich eine unbeabsichtigte Begleiterscheinung der technischen Entwicklung, die auf die Organisation der menschlichen Gesellschaft (in staatsgestaltender Hinsicht) ihren zersetzenden, aber auch aufbauenden Einfluß geltend macht. Denn nicht um alle Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen geschehen all diese fortwährenden technischen Umänderungen und Mechanisierungen der Werkzeuge zur Steigerung der Warenproduktion, sondern dies alles geschieht nur, um dem Gotte »Profit« zu dienen, möglichst viel Mehrwert zur Bereicherung des Einzelnen aus der Warenproduktion herauszuholen. Die durch die immer stärkere Mechanisierung der Werkzeuge herbeigeführte Wenigerbeschäftigung von Menschen bleibt dabei ganz gleichgültig und spielt absolut keine Rolle, natürlich abgesehen davon, daß durch das starke Angebot von freien Kräften der Lohnsatz der Beschäftigten den untersten Punkt des Lohnsatz-

schwankens erreicht und dadurch der allgemeine Lohnsatz wesentlich fällt.

Dieses Bestreben, bessere Erzeugnisse auf einfacherem Wege zu erzielen durch Anwendung technisch besserer Maschinen oder gar ganz neuer Produktionsmethoden, ist auch in unsern Berufen vorhanden. Triebfeder ist auch hier das Bemühen, die Mehrwertrate zu steigern, der Kampf ums Dasein. Wenn auch nicht immer die neueren Reproduktionsmethoden die besseren Ergebnisse in unseren Berufen gebracht haben, die einfachere Herstellungsweise haben sie ganz ohne Zweifel gebracht und dadurch andere, ehemals glänzende Berufe in die Wolfsschlucht geschleudert. Als Beispiel braucht nur auf den Holzschnitt, den belletristischen Stich, hingewiesen zu werden, der durch die Chemigraphie als Beruf direkt zum Verschwinden gebracht wurde. Diese Beispiele könnten, auch innerhalb unserer Berufe, noch beliebig vermehrt werden und die kommende Zeit wird, wenn die jetzt gegebenen Andeutungen zur harten Tatsache werden sollten, manchem noch manche Überraschung bringen. Keiner der Ausüher irgend eines Berufs, der in unserer Organisation vertreten ist, kann sagen, daß er in seinem Berufe und seiner Stellung technischen Verbesserungen gegenüber gefeit sei. Hoch-, Flach- und auch Tiefdruck waren bisher ständigen Umänderungen und Umformungen durch technische Verbesserungen unterworfen und auch das vergangene Jahr hat hier seine Schuldigkeit getan, steht den anderen Jahren nichts nach, im Gegenteil, überragt die andern Jahre ganz wesentlich.

So sei denn kurz der technischen Veränderungen, die das vergangene Jahr in unseren Berufen zeitigte, gedacht. Dabei ist nur möglich, sich der großen Dinge zu erinnern. Den technischen Veränderungen bis in ihre intimsten Feinheiten zu folgen und sie in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen, würde zu weit führen, obwohl es notwendig wäre, weil gerade auf diesem Gebiete die Kollegenschaft viel zu viel in deplaziertem Optimismus macht und Kleinigkeiten nicht beachtet, die schon des Öfteren ihre unliebsamen Wirkungen auch den Einzelnen merken ließen. Unsere neugegründete technische Zentrale findet hier ein weites Betätigungsgebiet und es steht zu erwarten, daß sie durch eingehende Bearbeitung dieses Stoffes die Kollegenschaft von dem unterrichtet, was vorgeht, und die Nutzfolgen zieht, die im Interesse der Kollegenschaft und der Organisation unbedingt gezogen werden müssen.

Der Flachdruck, dasjenige Arbeitsgebiet, auf dem die meisten in unsern Verbände organisierten Arbeiter beschäftigt sind, steht im Zeichen der immer stärkeren Durchsetzung des rotierenden Druckträgers. Inwieweit sich der rotierende Druckträger in unserem Berufe durchgesetzt hat, welche Verschiebungen er mit sich gebracht hat, wird die Statistik beweisen, die Ende des vergangenen Jahres aufgenommen wurde und die ihrer Bearbeitung noch harret. Diese Statistik ist für uns von ungeheurer Bedeutung und gibt Unterlagen zur Beurteilung unserer Berufe. Wer sich hier ein Versäumnis zuschulden kommen ließ, tut gut, das Versäumte sofort nachzuholen und nach bestem Wissen und Können mitzuhelfen am gutem Gelingen des Ganzen zum Nutzen der Gesamtheit.

Trotzdem die Einführung des rotierenden Druckträgers im Flachdruck noch gar nicht so alt ist, sind doch schon eine ganze Reihe von Maschinen der verschiedensten Systeme auf dem Markte erschienen. Die Technik feiert hier wahre Orgien und die weitere Entwicklung ist noch gar nicht abzusehen. Ist doch schon wieder in der Generalversammlung der Vogtländischen Maschinenfabrik A.-G. in Plauen darauf hingewiesen worden, daß bald eine neue Bilderdruckmaschine (Offset) auf den Markt gebracht werden kann, die verschiedene bisherige Mängel glattweg beseitigt. Verschiedene Fachzeitschriften knüpfen daran die Hoffnung, daß der zum Teil verloren gegangene Buntdruck dem Flachdruckverfahren wieder zurück-

erobert werden kann. Die durch immer bessere Verarbeitung geförderte Verwendbarkeit des biege- und schmiegsamen Zinkes wird dieses Bestreben noch wesentlich fördern. Hinzu kommt noch, daß das Papier nicht mehr mit dem Druckträger in Berührung kommt und dadurch seine zersetzende Wirkung nicht mehr ausüben kann, sondern erst vom Gummi sein Bild erhält, ähnlich wie beim Blechdruck. Das ergibt aber weiter, daß dem Schnelligkeitsgrad der Maschinen nicht die geringsten Grenzen gesetzt sind. Als einziges Hindernis steht der Einführung dieser Maschine, abgesehen von den Anschaffungskosten, die bisher auf vollständig anderer Grundlage beruhende Herstellung der Originalzeichnung entgegen. Aber auch hier ist bereits Abhilfe geschaffen, denn die Firma Mailänder in Cannstadt tritt mit einer Handpresse für Umkehrverfahren auf den Markt, die dieses Hindernis beseitigt.

Daß diese schnellläufigen Maschinen mit rotierendem Druckträger ihre Wirkung auch auf den Steinflachdruck ausüben, versteht sich am Rande. Nicht nur, daß die Formate ins Unermeßliche gesteigert wurden — wie uns berichtet wurde, sollen zurzeit Flachdruckpressen Format 175 gehen —, sondern auch die Leistungen des Einzelnen sind ganz wesentlich in die Höhe geschraubt worden. Das war nur möglich durch eine von ganz anderen Grundsätzen aus geleitete Betriebsleitung, die es dem einzelnen Arbeiter gar nicht mehr ermöglicht, so oder soviel zu arbeiten, sondern der Gang des Betriebes bestimmt, wieviel gearbeitet wird. Wenn dann die disponierte rapide Steigerung der Leistungsfähigkeit über die Kräfte der Arbeiter hinausgeht und das Räderwerk der Betriebe ins Stocken gerät, dann schreit das Unternehmertum aus vollem Halse über das ständige Zurückgehen der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Wer sich von solchen Schreibern überböheln läßt, ist ein Tropf! Daß die Ausbeutung des Einzelnen durch Steigerung der Leistungsfähigkeit ganz gewaltige Fortschritte gemacht hat, zeigen unsere Krankenstatistiken, aus denen hervorgeht, daß die Nervenkrankheiten, lediglich eine Folge der veränderten Arbeitsformen, ganz enorm steigen.

Die oberste Instanz.

In der in der Nummer 50 des vorigen Jahrganges der »Graph. Presse« geschlossenen Diskussion über den Stuttgarter Verbandstag wurde auch die Frage gestreift, ob es möglich sei, über einen Beschluß der Generalversammlung, die im Statut als oberste Instanz bezeichnet wird, noch nachträglich eine Urabstimmung aller Mitglieder entscheiden zu lassen. Zu dieser Angelegenheit erhielten wir nun noch einen Artikel mit dem Ersuchen, ihn in die »Graph. Presse« aufzunehmen, da in verschiedenen nach Schluß der Diskussion erschienenen Versammlungsberichten die Frage verneint worden sei, was nicht unbesprochen bleiben könne. Um auch den Schein einer Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung in unserem Verbandsorgan zu vermeiden, bringen wir den Artikel, obwohl uns seine Veröffentlichung z. Zt. nicht unbedingt notwendig erscheint, nach Verständigung mit der Preßkommission in unserem Blatte zum Abdruck, womit wir gleichzeitig die in der Diskussion über die Generalversammlung bereits gestreifte Frage nach der höchsten Instanz zur Diskussion stellen.

Die Redaktion.

I.

Der Vorschlag unsrer Mannheimer Mitgliedschaft, den Beschluß der Stuttgarter Generalversammlung über die Festsetzung der Gehälter unsrer Verbandsangestellten durch eine Urabstimmung abzuändern, hat begreiflicher Weise zu lebhaften Aussprüchen in der Presse und in Versammlungen geführt.

Die Frage, ob es gut oder nicht gut sei, den Mannheimer Vorschlag zu unterstützen, soll hier außer acht bleiben, sondern es soll scharf gegen eine irrtümliche Auslegung unsrer Satzungen über die Urabstimmung, die bei diesen ganzen Auseinandersetzungen von verschiedenen Kollegen gegeben worden ist, Stellung genommen werden. Wer nicht will, daß unsrer Verbandsverfassung die hauptsächlichste demokratische Grundlage entzogen werde, darf dazu nicht schweigen!

Es ist selbstverständlich das Recht jedes Kollegen, der sich nicht mit dem Mannheimer Vorschlage befreunden kann, mit aller Kraft dagegen anzukämpfen. Aber dieser Kampf darf nicht sowohl gehen, daß man dabei seine Zuflucht zu Haarspaltereien über

wichtige Bestimmungen unsrer Satzungen nimmt und den Mitgliedern das hauptsächlichste Recht bestreift. Wer das tut, der dient auch seiner Sache selbst am schlechtesten.

In einer Versammlung der Berliner Lithographen hat bei Behandlung des Mannheimer Vorschlags ein Kollege ausgeführt, daß dem Verlangen der Mannheimer Kollegen gar nicht stattgegeben werden dürfte, weil — laut Satzung unsre Generalversammlung die oberste Instanz sei. Dieser Auffassung schloß sich sofort Kollege Herm. Müller an. Er schrieb in seinem Aufsatz zu dem Gehaltsstreit:

»Wie aus Nr. 46 der Graph. Presse« zu entnehmen ist, haben sich auch die Berliner Lithographen mit dem Antrag der Mannheimer Kollegen beschäftigt, und sie haben sich in einer in dem Bericht wiedergegebenen Resolution auf den Standpunkt gestellt, daß der Antrag auf Urabstimmung überhaupt unzulässig sei, weil nach unserm Statut die Generalversammlung die höchste Instanz ist. Diese Auffassung der Berliner Lithographen möchte ich nachdrücklich unterstreichen. Es ist im § 41, Abs. 2 ausdrücklich gesagt, die Generalversammlung bildet die oberste Instanz. Es hieß diesem klaren Wortlaut des Statuts Zwang antun, wenn man sich auf den Standpunkt stellen wollte, daß Beschlüsse einer Generalversammlung durch eine Urabstimmung aufgehoben werden könnten. Denn dann wäre nicht mehr die Generalversammlung die höchste Instanz, sondern über der höchsten stände eine allerhöchste, nämlich die Urabstimmung. Das ist natürlich widersinnig, und es geht aus diesem Grunde schon nicht an, daß Hauptvorstand und Ausschuß, selbst wenn die Mannheimer Kollegen auf ihren Antrag die erforderliche Stimmenzahl vereinigen sollten, zur Ausschreibung der Urabstimmung schreiten dürften.«

Ich verstehe nicht, wie man zu solchen Irrigen Auffassungen über wichtige Bestimmungen unsrer Satzungen, wie sie der Kollege Müller hier bekundet, gelangen kann. Die Bestimmungen über die Urabstimmung in unsrer Satzungen sind doch wahrhaftig klar und deutlich genug.

Die Kollegen, die zu der hier bekundeten wunderbaren Entdeckung gekommen sind, deuten das Wort *Instanz* falsch. Daraus kann man erkennen, wie unrecht man tut, wenn man statt eines guten deutschen Ausdrucks, der einen Begriff fest umgrenzt und klar bezeichnet, ein verschwommenes Fremdwort nimmt, das alles besagt und darum im Grunde gar nichts. Das Fremdwort *Instanz* ist fast ebenso vieldeutig und begrifflos wie das Allerweltswort *Interesse*, ohne das heute auch kein Schreiber mehr auszukommen glaubt, obwohl es in jedem einzelnen Falle durch ein klareres, einen Begriff viel deutlicher kennzeichnendes deutsches Wort ersetzt werden kann.

Unter einer *Instanz* versteht man im allgemeinen eine Behörde, eine Verwaltungsstelle oder Vertretungskörperschaft. Daß mit diesem Wort in unsern Satzungen auch nichts anderes bezeichnet werden soll, geht klar und deutlich aus dem § 40 hervor, wo die *Verwaltungsorgane* des Verbandes aufgeführt werden. Die oberste Stelle wird dort natürlich der Generalversammlung zugewiesen. Hierauf folgen abwärts die weiteren Vertretungskörperschaften und Verwaltungsstellen unseres Verbandes wie: Hauptvorstand, Zentralauschluß usw.

Bei einem aufmerksamen Leser unsrer Satzungen kann schon durch diese Aufzählung unsrer Verbandsvertretungen der Reihfolge nach gar keine Mißdeutung des Wortes *Instanz* aufkommen. Wenn in unsern Satzungen gesagt wird, in der Generalversammlung entscheidet die oberste Instanz, so soll das natürlich heißen: die oberste Vertretungskörperschaft des Verbandes. Das ist doch wahrhaftig klar! Etwas anderes als eine Verwaltungs- oder Vertretungskörperschaft des Verbandes ist doch auch die Generalversammlung nicht! In der Urabstimmung entscheidet aber nicht mehr eine Verwaltungsstelle oder -Körperschaft des Verbandes, sondern der Verband selbst, das heißt: es entscheiden die gesamten Mitglieder, die ihn bilden.

Unzweifelhaft stehen die Entscheidungen des Verbandes selbst höher als die einer seiner Verwaltungsstellen. Daraus folgt, daß die Beschlüsse der Generalversammlung jederzeit durch eine Urabstimmung, das heißt durch einen Entscheid des Gesamtverbandes, aufgehoben oder umgeändert werden können. Wäre dies nicht der Fall, dann hätte das Wort *Urabstimmung* überhaupt nichts in unsern Satzungen zu suchen.

Aus diesem Recht der Gesamtmitglieder: Beschlüsse ihrer höchsten Vertreterschaft umzuändern, nun solche Folgerungen zu ziehen, wie es der Kollege Müller getan hat, ist unverständlich. Wer so vorgeht, der tut der Demokratie Gewalt an! Man darf doch seine Beispiele nicht an den Haaren herbeiziehen, um eine Einrichtung als widersinnig darzutun. So arbeiten die Gegner der Demokratie! Daß seine Schlussfolgerungen hinfällig sind, läßt der Kollege Müller aus seinen weiteren Ausführungen ja selbst erkennen. Er muß zugeben, daß bis jetzt die Mitglieder von ihrem Rechte der Urabstimmung noch niemals Gebrauch gemacht haben. Es müssen also schon schwerwiegende Gründe sein, die sie zu solcher Maßnahme veranlassen. Nach den Bestimmungen unsrer Satzungen wird es den Mitgliedern wahrhaftig auch schwer genug gemacht, die Ausschreibung einer Urabstimmung herbeizuführen:

es muß sich erst ein Fünftel dafür erklärt haben. Hinz und Kunz kann es also nicht!

Hält man denn die *Gesamtheit* der Mitglieder für so dumm, daß sie auf jede Verrücktheit irgend eines verärgerten Streithahns hineinfällt? Wer so denkt, der stellt unsrer ganzen Bewegung und auch sich selbst ein sehr schlechtes Zeugnis aus: Der hält ebenso wie die Gegner der Demokratie die Massen der Arbeiter für unfähig, sich selbst zu regieren, und er traut auch sich selbst nicht die Kraft zu, diese Massen durch gute Lehren zu beeinflussen.

Die Einrichtung der Urabstimmung ist ein notwendiger Bestandteil unsrer Verbandsverfassung. Man muß doch nicht annehmen, daß die Beschlüsse unsrer höchsten Vertreterschaft immer der Weisheit letzter Schluß seien. Durch irgendwelche Einflüsse kann doch auch einmal die Generalversammlung, selbst wenn sie von den erleuchteten Geistern zusammengesetzt wäre, was sicher nicht immer der Fall zu sein braucht, zu einem unheilvollen Beschluß kommen. Da muß die Möglichkeit vorliegen, solche Fehler gut zu machen. Solches Recht hat durch Ausschreibung einer Urabstimmung nach unsern Satzungen unser Hauptvorstand und Zentralauschluß ohne weiteres; und was diesen beiden Vertretungskörperschaften unsrer Verbandes recht ist, das muß der Gesamtmittgliederschaft billig sein.

Im übrigen werden sich die meisten Urabstimmungen, mögen sie nun von oben oder unten veranlaßt worden sein, gegen Generalversammlungsbeschlüsse wenden. Man dürfte sonst durch Urabstimmung keine Verbandslenkung oder Satzungsbestimmung ändern wollen. Das sind doch alles Dinge, die auf Generalversammlungsbeschlüssen beruhen.

Wer also unsern Mitgliedern das Recht auf Herbeiführung einer Urabstimmung zur Änderung eines Generalversammlungsbeschlusses nehmen will, der legt die Axt an die Wurzeln der Demokratie, der vergeht sich gegen den Geist unsrer ganzen Arbeiterbewegung.

In dem Programm unsrer politischen Partei fordern wir schon vom Gegenwartsstaat die *direkte Gesetzgebung durch das Volk, vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts*. Das Volk soll also das Recht haben, Beschlüsse seiner höchsten gesetzgebenden Instanz, seiner höchsten gewählten Vertreterschaft durch Urabstimmung zu verwerfen oder umzuändern. In der Schweiz, die eine demokratische Verfassung hat, sind derartige Einrichtungen schon getroffen: wenn 30000 Bürger oder 8 Kantone es verlangen, müssen Beschlüsse der Bundesversammlung, der obersten Volksvertretung, einer Urabstimmung unterbreitet werden.

Wir fordern also ein Recht gegenüber unsrer obersten Vertretung im Staate im großen wie wir uns ein solches schon gegenüber unsrer obersten Vertretung in der Gewerkschaft im kleinen geschaffen haben. Der Land- oder Reichstag ist im Staatswesen nichts anderes als was der Verbandstag oder die Generalversammlung in der Gewerkschaft ist. Wer es nicht für angängig hält, daß in einer Gewerkschaft die Mitglieder das Recht haben, sich durch eine Urabstimmung gegen ein Gesetz zu wenden, das ihre oberste Vertreterschaft geschaffen hat, der muß sich erst recht dagegen erklären, daß im größeren Maßstabe einem ganzen Volke eine solche ähnliche Befugnis eingeräumt werde.

Wer von unsern Kollegen nicht will, daß an den demokratischen Grundlagen unsrer Verbandsverfassung gerüttelt werde, der wende sich darum aus all den angeführten Gründen scharf gegen jene falsche Auslegung unsrer Satzungen!

Fr. Sahn., Hannover.

Ortsberichte.

Dessau. Am 16. Januar fand unsere sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ging hervor, daß auch im verflissenen Jahre wieder eine rege Verbandstätigkeit entfaltete worden ist. Insgesamt wurden 24 Zusammenkünfte abgehalten, und zwar 11 Monatsversammlungen, einschließlich einer Generalversammlung, 7 Vorstandssitzungen und 6 Branchenversammlungen der Chemigraphen. Die letzten beschäftigten sich ausschließlich mit der Situation im Gewerbe anläßlich des Ablaufes und der Erneuerung des alten Tarifes. Eine Anzahl Vorträge gewerkschaftlicher sowie philosophisch-wissenschaftlicher Art dienten der Förderung der Bildungsbestrebungen. Gemeinsam mit den Buchdruckern wurde das hiesige Elektrizitätswerk besichtigt und im November des Jahres nahmen die Kollegen, um auch die Kollegialität über den Kreis der Zahlstelle hinaus zu pflegen, an der Senefelderfeier der Magdeburger Kollegen teil. Der Versammlungsbesuch im Laufe des Jahres war gut, da durchschnittlich fast zwei Drittel der Kollegen anwesend waren. An Lohnbewegungen sind einschließend des Inkrafttretens des neuen Chemigraphentarifes zwei zu verzeichnen. Einmal handelte es sich um die Einführung des 2. Teiles der Wiesbadener Vereinbarungen, wonach in drei Firmen 10 Formstecherkollegen eine wöchentliche Zulage von zusammen 6,48 Mk. erhielten. Sodann trat für eine Firma mit 9 Kollegen der neue Chemigraphentarif in Kraft. Lohnveränderungen fanden dabei nicht statt. Die Firma lehnte vielmehr Lohn-

zulagen ab mit dem Hinweis, daß die bei ihr Beschäftigten den Minimallohn und darüber bereits verdienen. Dem Bericht des Vorsitzenden war weiter zu entnehmen, daß die beiden »Miniaturlenkstempel« von Otto Rehfeld und Otto Scheerans Nachf. in Bernburg berechtigten Anlaß zu Klagen geben. Der Inhaber der Firma Otto Scheerans macht sich die Überproduktion von Arbeitskräften im Steindruckgewerbe zu Nutzen. Allein 29 Anfragen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe sind im abgelaufenen Jahre an die Verwaltung ergangen, obwohl die Firma fast durchgängig nur einen Gehilfen beschäftigt. Herr Otto Rehfeld dagegen scheint es nicht für notwendig zu halten, Muster zurückzuschicken, die ihm von Kollegen bei Bewerbungen um »offene Stellen« in seinem Betriebe zugehen. Einmal schon mußte die Verwaltung eingreifen, um einem Kollegen zu seinem rechtmäßigen Eigentum zu verhelfen, und schon wieder macht es sich nötig. Indem wir dies heute nur registrieren, wollen wir nicht versäumen, den Kollegen größte Vorsicht beim Engagement nach Bernburg anzuraten. — Der Bericht der Lehrlingskommission erbrachte erneut den Beweis, daß trotz großer Mühen und eifriger Arbeit die Abteilung in solch kleinem Ort mit verhältnismäßig wenig Berufungsangehörigen nur mühsam bestehen kann. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Gesamtverwaltung. Mit der Aufforderung an die Kollegen, angesichts der von allen bürgerlichen Parteien inszenierten Hetze gegen das Koalitionsrecht doppelt gewappnet auf dem Posten zu sein, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Generalversammlung.

Mannheim. Zu dem in Nr. 4 erschienenen Ortsbericht aus Mannheim sendet uns der Referent, dessen Ausführungen in dem Bericht skizziert sind, folgende Richtigstellung: Der Satz, die Kollegen seien mit wenig Ausnahmen als Stimmvieh zu betrachten, ist in dem Bericht vollständig aus seiner Umfassung gelassen. Wörtlich führte ich aus: »Wenn man mit offenen Augen die Art und Weise beobachtet, wie manche Abstimmung zu Stande kommt, so muß man öfter zu dem betrieblichen Ergebnis gelangen, daß tatsächlich das harte Wort »Stimmvieh« mit Recht angewendet werden kann.« Diese Auffassung halte ich aufrecht. Eine andere Frage allerdings ist, ob es angebracht war, den schon von der Redaktion scharf zurückgewiesenen Satz in die Presse zu bringen. Da bin ich nun allerdings der Ansicht, daß eine scharfe Benennung, im geschlossenen Kollegenkreise gesprochen, im Rahmen des ganzen Vortrages eine ganz andere Wirkung ausübt, als der gedruckte, aus seiner geschlossenen Umfassung gelockerte Satz. Ich selbst bedauere schon deswegen, daß dieser Satz im Bericht enthalten war, weil dadurch die Aufmerksamkeit von allem anderen abgelenkt wird. Zum Schluß noch die Bemerkung, daß auch die Behauptung, unsere höheren Instanzen hätten mehr und mehr das demokratische Prinzip verletzt, nicht von uns gesagt worden, sondern daß die Diskussion leider auf das persönliche Niveau heruntergeraten war.

Müßeln. Die letzte Monatsversammlung des vergangenen Jahres war sehr gut besucht. Unser Gauweiler Kollege Leinen hielt einen Vortrag über das *Taylorssystem und die Wirtschaftskämpfe der Zukunft*, der das Interesse aller Kollegen wachrief. Der Redner verstand es, in anschaulicher, packender Weise den Begriff Arbeit klarzulegen und die aus der Arbeit entsprossene Kultur von den Urfanfängen bis in die Neuzeit sowie die ungeheure Entwicklung des Kapitalismus und die Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern zu schildern. Während früher die Arbeit den Menschen auch geistig erhob, drohte es unter der Herrschaft des Kapitalismus umgekehrt zu werden, da man den Arbeiter in großen Industrieanlagen durch lange Arbeitszeit und Überanstrengung seiner Kräfte bis zum Äußersten ausnutzte und jedes geistige Leben in ihm zu ersticken suchte. Diese Wirkungen der schrankenlosen Ausbeutung wurden bekämpft, seit die Gewerkschaften auf dem Plane erschienen sind, und wenn wir heute auf die lange Reihe von Jahren zurückblicken, in denen die Gewerkschaften für die Hebung der Arbeiterklasse gewirkt haben, so kann man sagen, daß wir trotz der vielen Kämpfe und Enttäuschungen doch gute Erfolge erzielt haben. Nun machen sich freilich neue Bestrebungen bemerkbar, die darauf hinauslaufen, den Arbeiter zum Arbeitstier zu machen. Besonders ist es die Ausbeutungsmethode, die der Ingenieur Taylor ausgefittelt hat. Er hat mit einem Zynismus, der an Robott grenzt, nach Mitteln und Wegen gesucht, die Arbeitskräfte des Arbeiters bis zum Äußersten auszuzüchten. Der Redner schilderte dieses System und wies darauf hin, daß es in Amerika schon in einer Reihe von Betrieben eingeführt sei und daß man auch in Deutschland bald versuchen werde, es einzuführen. Es ist unbedingt notwendig, daß uns alle derartigen Versuche gewappnet finden, damit wir sie mit Erfolg abzuwehren vermögen. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. — Sodann nahm die Versammlung Stellung zu der von Mannheim beantragten Urabstimmung über die Gehaltsregulierung unserer Angestellten. In der Debatte wurde kritisiert, daß die Öffentlichkeit nicht vor der Generalversammlung über die Gehaltsanträge unterrichtet worden sei. Daraus erklärte sich auch die Mißbilligung. Folgende Resolution wurde angenommen: »Die Versammlung lehnt den Mannheimer Antrag

auf Urabstimmung ab, ersucht aber den Hauptvorstand, vor der nächsten Generalversammlung in dieser Sache eine Vorlage auszuarbeiten, damit die Kollegen sich vorher aussprechen können. Der Vorsitzende wünschte zum Schluß, daß die am 3. Februar stattfindende Jahreshauptversammlung ebenso gut besucht sein möchte, wie die gegenwärtige Versammlung, an der 43 Kollegen teilnahmen.

Der Lithograph.

„Kollege“ Kremer vulgo Cherval.

Zur Geschichte unseres Berufes.

Der »Litho- und Chromograph« Kremer war ein äußerst vielseitiger Mensch. Neben seiner beruflichen Arbeit war er abwechselnd tätig als Wechselfälscher und putschistischer Revolutionär. Er war Agent der preussischen Gesandtschaft zu Paris, gemeinsamer Spitzel der preussisch-französischen Polizei, fertigte Platten zur Nachahmung von Staatspapieren, betätigte sich als agent provocateur, als Zeldner wissenschaftlicher Gegenstände und zuletzt als Porzellanmaler in Paris. Entsprechend dem schnellen Wechsel seiner beruflichen, politischen und polizeilichen Wirksamkeit änderten sich auch seine Namen. Immerhin begnügte er sich mit einer viermaligen Veränderung seines Familiennamens. Aus dem Kremer wurde ein Frank, ein Cherval und zuletzt ein Nugent. Berühmt oder besser berüchtigt wurde er allerdings nur als Cherval. Er war durchaus international veranlagt und betätigte sich ebenso erfolgreich in Deutschland, Belgien und Frankreich, als in England und der Schweiz. Die Sprachen in jeder Länder beherrschte er vollkommen. Auch in jeder Verhältnisse der Gefangenenanstalten einzelner Staaten war er nicht ganz ohne Kenntnis. Zu alledem besaß er Eigenschaften, die sich traditionell noch immer bei den meisten seiner Berufsangehörigen erhalten haben. Er war »im Umgang gewandt«, wußte sich »gut geltend zu machen und vorteilhaft vorzustellen«. Seine Taten haben seinen Namen unvergänglich gemacht. Aber wie gelang ihm das.

Es war am 10. Mai 1851, als in Leipzig der Schneidergeselle Nothjung verhaftet wurde. Er konnte sich nicht genügend legitimieren, da er keine Ausweispapiere mit sich führte. Auf der Polizei wurde der wandernde Geselle einer körperlichen Visitation unterworfen, die schwere Folgen nach sich ziehen sollte. Man fand bei ihm Adressen und Auftritte der Zentralbehörde des Kommunistenbundes zu Köln. Dieser war das Rückgrat der wissenschaftlich-sozialistischen Bewegung jener Jahre. Der Sitz des Bundes befand sich bis 1850 in London, wo er von Marx und Engels seine geistigen und agitatorischen Direktiven erhielt. Im Laufe des Jahres 1849 hatte sich die deutsche Emigration fast vollständig in London versammelt. Aus deren nur demokratisch-radikal gesinnte Mitglieder betätigten sich in den Reihen des Kommunistenbundes. Sie erschöpften sich in öder Revolutionsspielerei, während Engels, Marx und andere in die ökonomischen Tiefen der Gesellschaft einzudringen versuchten, um die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Revolutionen kennen zu lernen. Sie kamen zu der Auffassung, daß infolge der schnell ansteigenden geschäftlichen Konjunktur der Fortgang der Revolution vorerst unterbrochen sei. Demgegenüber waren die Demokraten der Meinung, daß man jederzeit durch Organisation eines Putsches die revolutionären Vorgänge wieder wecken könne. Diese beiderseitigen Anschauungen verdichteten sich allmählich zu unüberbrückbaren Gegensätzen. Sie führten zur Spaltung des Bundes und zur Verlegung des Zentralbehörde nach Köln. Die Marx-Engelsche Richtung hatte den demokratisch-putschistischen Revolutionarismus entschieden von sich gewiesen. Die Überreste des Kommunistenbundes bewegten sich in den alten Bahnen weiter, und betätigten sich lediglich in der Propaganda kommunistischer Prinzipien. Die demokratische Richtung aber agitierte und organisierte ihren Putschismus unentwegt weiter.

Zur Zeit der Spaltung war auch »Kollege« Kremer in London. Er war der Sohn eines kleinen Beamten und entstammte dem Rheinlande. Seine lithographischen Fertigkeiten benutzte er zur Fälschung von Wechsell, weswegen er mit zwölf Jahren Zellengefängnis bedacht wurde. 1844 entflohr er dem Gefängnis zu Aachen. Josef Kremer versorgte sich mit einem irischen Paß und trat nun unter dem Namen Cherval ein neues wechselreiches Leben an. Bereits 1846 wurde er in Brüssel von Schapper, dem späteren Führer der putschistischen Richtung, in den Kommunistenbund aufgenommen. Während der Revolution befand er sich vorübergehend in seinem rheinpreussischen Vaterlande, kehrte aber sodann nach London zurück. Als Marx im September 1849, infolge seiner Ausweisung aus Paris, ebenfalls nach London flüchtete, lernte er auch unseren »Kollegen« im kommunistischen Arbeiterverein kennen. Cherval nahm regen Anteil an den Richtungskämpfen, die dort geliefert wurden. Nach der Spaltung gesellte er sich der Sekte der Revolutionsspielerei, unter der Führung von Willich und Schapper, bei. Hierdurch erlangte er seine berüchtigte Berühmtheit.

Durch die Verhaftung Nothjungs war die Polizei dem vielverkauften Kommunistenbund auf die Fährten gekommen. Ihr fielen neben anderen Adressen auch die der Zentralbehörde zu Köln in die Hände. Sofort wurden deren Mitglieder verhaftet. Die Polizei holte zu einem schweren Schlag aus, der alle kommunistische Tätigkeit in Zukunft vernichten sollte. Alle Verhafteten wurden den Assisen zu Köln überwiesen. Aber damit war noch immer nichts getan, denn noch fehlten die Voraussetzungen eines einzuleitenden Sensationsprozesses, nämlich das Anklagematerial. Wohl kannte man durch Nothjungs Verhaftung das Programm, die Statuten und auch die neuesten Auftritte des Bundes. Aber alles das enthielt recht mageres Material. Es ergab sich daraus nur, daß man es mit einer Propagandagesellschaft zu tun habe, die jeder Organisation von Aufständen völlig fern stand. Sie trieb ihre Propaganda eben nur darum insofern, weil die Reaktion jede öffentliche Agitation brutal unterdrückte. Die Angeklagten waren verteuelt genug, auch sonst kein weiteres Material liefern zu wollen und nota bene auch nicht liefern zu können. Die ganze Staatsaktion wäre darum jämmerlich verpufft, wenn eben eine findige Polizei nicht immer fähig wäre, das zur Verurteilung unbedingt notwendige Material unter allen Umständen zu beschaffen. Dafür besaß die preussische Polizei den sprichwörtlich gewordenen Exrevolutionär Stieber mit seinem berüchtigten Stabe von Spitzeln, die ganz Europa durchschaukelten. Zu diesem gesellte sich auch unser verehrter »Kollege« Kremer-Cherval.

Im Frühsommer 1850 besand sich Cherval von London nach Paris. Er korrespondierte eifrig mit dem Flüchtlingskomitee Willich-Schapperscher Richtung, denn um ihn scharten sich in Paris die noch anwesenden demokratischen Flüchtlinge aus Deutschland. Auch Franzosen traten in den Kreiss einer revolutionären Tätigkeit. Wahrscheinlich knüpfte er zu dieser Zeit sein Verhältnis zum preussischen Gesandten Hatfeld in Paris; behauptete doch ein anderer Spitzel namens Hirsch in seiner Rechtfertigungsschrift, daß der ganze Schriftwechsel Chervals mit London zur Kenntnis der preussischen Polizei gelangt sei. Sie war also unterrichtet von den Bestrebungen der Willich-Schapperscher Richtung. Nun wurde Nothjung verhaftet. Jetzt galt es um jeden Preis Material zu beschaffen. Stieber fuhr nach Paris und London. Hier ließ er durch seine Unterspitzen den gesamten Briefwechsel der Willich-Schapper stehen. Damit nun gedachte er zu wuchern. Schriftliches Material hatte er genügend, er wollte nun auch Taten bringen.

Diese mußten in Paris reifen. Cherval war dazu wie geschaffen. Die Polizei kannte seine Straftaten und sie brauchte nur seine Ausweisung zu beantragen, um ihn in ihre Hände zu bringen. Aber sie tat dies bei weitem nicht. Seine Spitzeldienste waren ihr viel wichtiger. So wurde in Paris ein Komplott beschlossen. Cherval wurde das Haupt der Verschwörer. Seine Direktiven erhielt er aus der preussischen Gesandtschaft und von Stieber. Die Sache wurde also eingefädelt: Von Köln kommt ein Flüchtling, dem es gelungen ist, die Kasse des Kommunistenbundes zu entführen. Er deponiert sie in Paris. Der Flüchtling führt den Namen Schmidt. In Wirklichkeit ist es der preussische Spitzel Fleury, der Sohn eines Dresdener Raubmörders und gewohnheitsmäßigen Diebes. Von Cherval wird er in die geheimen Sitzungen eingeführt. Beide drängen zu baldigen Taten. Aufrührerische Briefe blutrünstigen Inhalts, werden an die Mitverschworenen versandt.

»Schinderhannes, Karlo Moor
Nahm ich mir als Muster vor
lautet es aufreizend in einem derselben. Solche Art revolutionäre Zeugnisse wurden von der Polizei schnellst erwünscht und richtig, sie gelangten auch an ihre Adresse. Der Empfänger Gipperich war ebenfalls ein Spitzel. Auf Betreiben Fleurys wurde dieser schnellst verhaftet. So gelangte der Brief Chervals, mit samt seinem poetischen Erguß, ohne Verzögerung in die Hände der Polizei, für die er allein bestimmt war. Daraufhin eilte der große Stieber selbst nach Paris. Unter dem Vorwande des Diebstahls wurde Cherval in des Oberspitzen eigener Behausung verhaftet. Inzwischen beschlagnahmte Fleury bei dessen Frau den gesamten Briefwechsel Chervals. Das Komplott war entdeckt und sofort erfuhr die staunende Welt von der umstürzlerischen Bewegung der Revolutionäre. Natürlich wurde diese Spitzeltat den verhafteten Kölner Kommunisten in die Schuhe geschoben, obwohl weder diese, noch Engels und Marx, je mit Cherval in Verbindung getreten waren. Wenn überhaupt den Revolutionären, so konnten diese Vorgänge allein den Gegnern der Kölner, den Willich und Schapper aufgebürdet werden. Der Kommunistenbund hatte mit allen denen gar nichts zu tun. Das hinderte natürlich Stieber nicht, den ehrenwerten Cherval gegen die Angeklagten auszuschielen. Wie der betrübte Lohgerber mußte er jedoch ein stinkendes Fell nach dem anderen wegschmeißen sehen.

Im September wurde das »Komplott« entdeckt. »Kollege« Cherval befand sich indes wohlverwahrt im Gefängnis St. Pelagie zu Paris. Endlich im Februar wurde ihm gemeinsam mit seinen Spießgesellen der Prozeß gemacht. Cherval erhielt nicht weniger als acht Jahre Gefängnis. Mit den oben genannten 12 Jahren waren das annähernd 20 Jahre, die Cherval zu verbüßen gehabt hätte. Aber o Wunder,

schon im Mai sehen wir ihn wieder in London. Länger glaubte die französisch-preussische Polizei nicht auf seine wertvollen Dienste verzichten zu können. Mit einem fixen Gehalt von 1 Pfund Sterling und 10 Schilling war er in London beschäftigt, den Verkehr der Französischen mit der deutschen Emigration zu bespitzeln. Er besaß sogar die Unverschämtheit, neuerdings wieder im kommunistischen Arbeiterverein aufzutreten, um mitten auf dem Kampfplatze seinen Spitzelelen abzufügen. Aber nur zu bald wurde er erkannt. Schon Ende desselben Monats stieß man ihn in öffentlicher Sitzung mit Schimpf und Schande aus dem Vereine aus. Nun setzte er seine Tätigkeit außerhalb des Vereins fort. Bald tauchte er aber ganz in Vergessenheit unter, als die Verhandlungen in Köln sein Bleiben in London unmöglich machten. Er verschwand vorübergehend, um aber bald zu neuen ruhmreichen Taten zu rüsten.

Er verlegte sein Tätigkeitfeld nach der Schweiz. In Genf sehen wir ihn wieder seiner lithographischen Tätigkeit nachgehen. Er fertigte Zeichnungen für die Professoren der Akademie. Er sprach nur französisch und englisch. Seine deutsche Muttersprache verleugnete er vollkommen und ebenso wie diese seine früheren Namen. Er war nicht mehr Kremer, noch Frank, noch Cherval, sondern der Stockengländer Nugent. Es war dies der Geschlechtsname seiner angeblichen Frau, einer fieschen weltgewandten englischen Dame. Zuerst lebte er ganz zurückgezogen. Bald aber wurde er von seinem Lehrling, einem badischen Flüchtling namens Stecher, in den Arbeiterbildungsverein eingeführt. Wohl regten sich bald berechtigte Zweifel an seiner englischen Abstammung. Aber er betätigte sich zunächst nur als Veranstalter von Tanzabenden. Die Vereinsbälle schienen so ganz sein Feld. Er erbederte sich als Spasmacher, suchte den Damen zu gefallen, lachte, trank und sang. Politisch betätigte er sich scheinbar garnicht. Und doch hatte er schon wieder einen geheimen Bund gegründet. Ihm gehörten zwar nur sieben Mitglieder an, aber sie schmiedeten um so verbrecherischere Pläne. Cherval-Nugent war natürlich wieder die Seele des Ganzen. In diesem engen Kreise spielte er durchaus nicht den Ballsaallöwen, sondern zeigte sich als Revolutionär vom reinsten Wassers. Der Herr »Kollege« war wieder ganz agent provocateur. Von ihm stammte auch die teuflisch gescheite Idee der Verschwörung. Man verneinte nämlich, durch Nachahmung von Staatspapieren ein gros den Kredit der Staaten zu vernichten. Mit dem bei dieser Fälschung gewonnenen Gelde gedachte man sodann die europäische Revolution in die Wege zu leiten. Als geschickter Lithograph erklärte sich Cherval selbstverständlich bereit, auch seinen Teil zum Gelingen des infamen Planes beizutragen. Er gedachte die Herstellung der Platten zu übernehmen. Die Bundesbrüder brauchten dann nur die Verbreitung der falschen Papiere zu übernehmen und alles war sodann geschehen, wenn — eben seine früheren Heldentaten nicht alzu schnell bekannt geworden wären.

Schon immer hatte der alte Johann Philipp Becker vor dem rätselhaften Nugent gewarnt. Schon hatte er ihm seine englische Larve schonungslos vom Gesicht gerissen. Noch mehr schöpfte er Verdacht, als er von der Existenz des geheimen Bundes hörte. Dann aber kam die Marxsche Broschüre über den Kommunistenprozeß nach Genf. Als man von den Kremer-Chervalischen Heldentaten hörte, verdichtete sich der Verdacht bis zur Gewißheit. Das Verhängnis entlud sich aber um so bestimmter über dem schuldbeladenen Haupt Chervals, als ein französischer Flüchtling in Genf Aufenthalt nahm. Nun stand er unverhüllt als ehroser Spitzel da. Inständig bat er um Gnade, ihn nicht zu entlarven. Trotzdem besaß er die bodenlose Frechheit, abermals im Arbeiterverein zu erscheinen. Nun wurde er entlarvt und jämmerlich hinausgeworfen. Als ihn die Genfer Polizei wegen seiner Fälscherkunststücke verhaften wollte, war er bereits spurlos verschwunden. Sein infamer Plan war vollkommen in das Wasser gefallen. Er ging wieder nach Paris, wo er öffentlich lebte und trotz seiner hohen unverbüßten Gefängnisstrafen unbehelligt blieb. Hugo Saupé.

Die Tapetenbranche.

Aus den Sektionen.

Bramsche. In der Generalversammlung vom 10. Januar wurde im Vorstandsbericht hervorgehoben, daß 1913 im ganzen 15 Mitgliederversammlungen und 3 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Die Versammlungen waren im allgemeinen befriedigend besucht, wenn auch hervorzuheben ist, daß die säumigen Kollegen, meist immer dieselben, sich etwas mehr auf ihre Pflicht dem Verbaude gegenüber besinnen möchten. Außerdem wurde noch erwähnt, daß die Stecher Brinkmann und Herklotz aus dem Verbaude ausgeschieden wurden bzw. ausgetreten sind. Brinkmann fertigte ohne Wissen der Kollegen Heimarbeit an und mußte nach einem Beitragsrückstände von 14 Wochen (er bezahlte sonst vierteljährlich) ausgeschieden werden. Der Stecher Herklotz dagegen ließ sich erst nach Empfangnahme von 72 Mk. Reise- bzw. Umzugsunterstützung aussteuern und trat dann nach 2 Wochen aus. Bei der Vorstandswahl wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt, ebenso die Mitglieder der Geschäftskommission.

Feuilleton.

Evangelium der Tat.

Gab das Schicksal deiner Kraft
Wenig Raum zum freien Handeln,
Zog es einen engen Kreis
Um dein Wirken und dein Wandeln!
Wirf hinweg Verbitterung,
Denn sie tötet gutes Streben!
Wirke auch im kleinsten Kreis,
Denn im Wirken nur blüht Leben.

Hat das Schicksal dich verbannt
In ein dunkel Tal der Erde,
Wart es dich auf ödes Land,
Wo die Flamme fehlt dem Herde:
Hadre nicht und klage nicht,
Sondern richt' dich auf und handle,
Daß im Tal es werde Licht,
Und der Stein zu Brot sich wandle.

Wo es dich auch hingestellt:
Auf die Berge, in die Grüfte,
Dort erschaffe deine Welt,
Dort bezwinde Fels und Läfie!
Führe mit dem Schicksal Krieg,
Und es wird nach Kampfesiosen
Lachen dir der schönste Sieg
Und ein Feld voll Frucht und Rosen.

Robert Seidel.

Johann Gottlieb Fichte.

Zum 100. Todestage am 29. Januar 1914. *)
Am 19. Mai 1762 wurde der deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte in Rammenau, einem Orte in der Oberlausitz, als Sohn eines armen Bandwebers geboren. Er mußte frühzeitig als Hütejunge zum Unterhalt der kinderreichen Familie beitragen, bis er durch Vermittlung seines Gutsherrn auf die Meißener Stadtschule und später auf die Fürstenschule Pforta kam. Als 18jähriger blutarter Student bezog er die Universität Jena und durch Annahme von Hauslehrerstellen schlug er sich kümmerlich durchs Leben. Nach vielen Irrfahrten durch Deutschland und die Schweiz landete er 1792 in Königsberg bei Immanuel Kant, der ihm dadurch aus der Not half, daß er ihm für sein erstes großes Werk »Versuch einer Kritik aller Offenbarung« einen Verleger vermittelte. Es wurde erst für ein Werk des großen Philosophen von Königsberg gehalten

*) In Nachschlagebüchern und in Handbüchern der Philosophie wird immer der 27. Januar als Fichtes Todestag bezeichnet. Das Totenregister der Dorotheenstädtischen Kirche in Berlin enthält jedoch folgende Eintragung: »Monat Januar 1814, Seite 273, Nummer 28. (Mann) Herr Johann Gottlieb Fichte, Professor der Philosophie an der hiesigen Universität, Alter 51 Jahre. Hinterläßt eine Witwe und einen minorenen Sohn. Gestorben am 29. (neunundzwanzigsten) Januar, morgens 5 Uhr am hitzigen Nervenfieber in der Friedr.straße 139. Anzeig des Todesfalles durch den Bitter Klein bestellt. Tag des Begräbnisses: 31. Januar, Kirchhof Oranienburger Tor, am Gitter. — Aus dieser Eintragung ergibt sich, daß Fichte nicht am 27., sondern am 29. Januar 1814 gestorben ist.

und machte den Verfasser in der ganzen wissenschaftlichen Welt berühmt, als Kant dessen Namen bekannt gab.

Nummehr entfaltete Fichte an der Universität Jena und, nachdem er infolge seiner wissenschaftlichen Überzeugung Jena verlassen mußte, von 1799 ab in Berlin, Erlangen, Königsberg, Kopenhagen usw. eine rege lehrende und schriftstellerische Tätigkeit. In seinem »Beitrag zur Berechtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution«, der im Jahre 1793 erschien, und in der 1794 erschienenen Schrift »Zurückforderung der Denkfreiheit, an die Fürsien Europas« trat er mannhaft für die Berechtigung der großen französischen Umwälzung, für die Rechtmäßigkeit der daraus hervorgegangenen republikanischen Staatsform und für die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre ein, fußend auf dem Freiheitsbegriff der Kantischen Philosophie. Das Prinzip der sittlichen Freiheit wird zur Grundlage von Fichtes Ethik: Ohne Rücksicht auf Vorteile und ohne Furcht vor Nachteilen, allein geleitet von der innersten Überzeugung soll der Mensch handeln; nur dann ist er sittlich frei und gut. Die Vorbedingung für dieses Handeln aus Überzeugung muß geschaffen werden, und in dem Streben nach diesem Ziel wird Fichte zum Gesellschaftsreformer, der in dem 1800 erschienenen Werke »Der geschlossene Handelsstaat« durch die Schilderung eines irdischen sozialistisch organisierten Gemeinwesens die Ausführung seiner allgemeinen Staatslehre darlegt. Zur Errettung dieses Ziels verteidigt er ferner 13 Jahre später in seiner »Staatslehre« das Recht der sozialen Revolution durch die Sätze: »Alle Abweidung vom Rechte entschuldigt die Not. Wer diese Not verweigern will, der will das Unrecht um seiner selbst willen. Er ist Feind des menschlichen Geschlechts.«

Nur die Zeit der Gährungen und politischen Umwälzungen in der napoleonischen Periode und in den Jahren der Befreiungskriege macht es erklärlich, daß der unerschrockene Verfasser solcher Sätze, die eine rücksichtslose Kritik der bestehenden Ordnung bedeuteten, als Professor an die neue Berliner Universität berufen wurde. Als solcher starb er am 29. Januar 1814 infolge einer Ansteckung. Mit ihm schied ein Mann aus der Welt, der Großes für den Befreiungskampf der entrechteten Menschheit geleistet hat. Noch 10 Jahre nach seinem Tode wurden daher auch seine gewaltigen »Reden an die deutsche Nation« durch die Staatsgewalt verboten.

Goldene Worte von Johann Gottlieb Fichte.

Keine Staatsverfassung ist unabänderlich; es ist in ihrer Natur, daß sie sich alle ändern. Eine schlechte, die gegen den notwendigen Endzweck aller Staatsverbindungen streitet, muß abgeändert werden; eine gute, die ihn befördert, ändert sich von selbst ab. Die Klausel im gesellschaftlichen Vertrag, daß er unabänderlich sein solle, wäre mithin der härteste Widerspruch gegen den Geist der Menschheit. Ich verspreche an dieser Staatsverfassung nie etwas zu ändern, heißt: ich ver-

spreche, kein Mensch zu sein, noch zu dulden, daß, soweit ich reichen kann, irgendeiner ein Mensch sei; ich begnüge mich mit dem Rang eines geschulten Tieres. . . . Nein, Mensch, das dürftest du nicht versprechen. Du hast das Recht nicht, auf deine Menschheit Verzicht zu tun. Dein Versprechen ist rechtswidrig, mithin rechtsunkräftig.

Der Angelobungseid der Untertanen ist allerdings ein wohlbedachtes Versprechen. Aber der Mensch kann nichts versprechen, er kann sich an nichts binden, was gegen seine Bestimmung ist.

Die Treue gegen einen Herrn (Untertanentreue) ist Tugend des Hundes.

Dem Tyrannen steht es wohl an, religiöse Ergebung zu predigen und die, denen er auf Erden kein Plätzchen verstatten will, an den Himmel zu verwelsen; wir andern müssen verhindern, daß man die Erde zur Hölle macht, um eine desto größere Sehnsucht nach dem Himmel zu erregen.

Hinstellen und klagen über die Verdorbenheit der Menschen, ohne eine Hand zu regen, ist weibisch. Strafen und bitter höhnen, ohne den Menschen zu sagen, wie sie besser werden sollen, ist unfreundlich. Handeln! handeln! Das ist es, wozu wir da sind.

Nur diejenige Nation, welche zuvörderst die Aufgabe der Erziehung zum vollkommenen Menschen, durch die wirkliche Ausübung, gelöst haben wird, wird sodann auch jene des vollkommenen Staates lösen.

Vom Büchertisch.

Lichtbilder. Anleitung zu Vorträgen mit Lichtbildern und ein Verzeichnis von Lichtbilderreihen. Herausgegeben vom Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Lindenstraße 3. 54 S. 16^o.

Mit dieser Veröffentlichung trägt der Zentralbildungsausschuß einem längst gefühlten Bedürfnis Rechnung. Sie betont den pädagogischen Wert der Lichtbilder, hebt hervor, daß Vortragsabende mit Lichtbildern nicht gleichgültige Unterhaltungsabende sein dürfen, sondern daß sie der Belehrung und der Erweiterung des Wissens dienen müssen, behandelt die Vortragsgrundriss, die Vorbereitung eines Lichtbildvortrags, die Lichtbilderapparate, die Vorführung der Lichtbilder und die Lieferungsbedingungen und schließt mit einem Verzeichnis der vom Ausschuß zusammengestellten und bearbeiteten Lichtbilderreihen. Das Büchlein wird nicht nur dazu beitragen, die Bildungsveranstaltungen der Arbeiterschaft fesselnd zu gestalten und zu beleben, sondern auch die Lichtbildervorträge zu vertiefen und ihren Wert zu steigern. ph.

Stellenangebote

Erstklassiger [180]
Maschin.-Retuscheur
gesucht. Offerte mit Zeugnisabschriften an A. Krampolek, K. u. k. Hof-Photochemigraph, Wien IV, Viktorgasse 14.

Retuscheure,
pos., nur allererste Kräfte, erhalten jetzt oder später dauernde Stellung. Kunstst. Probst, Braunsdewig.

Wir suchen einige tüchtige
Masch.-Retuscheure
sowie **Auto-Ätzer.**
Proben mit Gehaltsansprüchen erbeten.
J. G. Hud & Co., G. m. b. H., Braunsdewig. [240]

Stellengesuche

Tüchtiger Kopierer
für Metall- und Steinkopien, sowie für Photo-Litho's, auch bekannt mit der Photographie, welcher schon geraume Zeit in Deutschland tätig war, sucht doriselbst sofort od. später Stellung.
E. L. v. d. Berg,
Lauriergracht 160,
Amsterdam (Holland). [150]

Verschiedenes

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren.
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Preisprospekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Zahlstellen

welche noch Exemplare von Nr. 50 der Graph. Presse (12. Dezember 1913) besitzen, werden höflichst gebeten, diese an die

Expedition,
Schkeuditz, Augustastraße 8
zurück zu senden.

„Radium-Reiber“

Deutsches Reichspatent Nr. 269755. Zum Auffrischen von Lithographien und der Umdrucke. Noch in keiner Weise im Handel. Speziell bei größeren Auflagen haben die Drucker mit Spitzwerden der Zeichnung zu rechnen. Stets kann man mit dem „Radium-Reiber“ die Platte wieder herstellen. Ob der Schaden durch Stoßen oder Springen der Walzen, Reinputzen, Reiben der Farbe usw. gekommen, bleibt sich gleich. Kommt Ton wie z. B. mitunter bei gestrichenen Papieren, harten Druckstellen im Filz, so hilft ein Überwischen der Tonstelle mit ganz leichter Ätze, dabei wird jedoch leicht die Zeichnung ruiniert, ein paar Striche mit dem „Radium-Reiber“ und alles ist wieder in Ordnung. Entsäuren, Nachmachen usw. fällt gänzlich weg. Ein „Radium-Reiber“ genügt für ca. 200 Fälle. Preis pro Stück Mk. 15.—

Außerdem bringe ich farblose

„Radium-Pasta“

in den Handel, welche der Farbe beim Drucken zugesetzt wird. Dadurch wird das Schwinden der Zeichnung an sich verhindert, da „Radium-Pasta“ die Zeichnung immer wieder auffrischt. Unantastbar bei Merkantil-, Zeichen-, Raster-, Schriftplatten usw. Preis kg Mk. 5.

F. Hantke, Hamburg 22,
Vogelweide 5.

Berufswechsel

und Weiterbildung im Beruf wird vorbereitet von der »Freien Fachschule für das graphische Gewerbe«, Berlin S 61, Tempelherrenstr. 20 a. Programm frei!

Unterricht auch brieflich.

Original grau feucht und

„Cosmos“ feucht Ludia
48x64 cm, pro 100 Bg. Mk. 8.- u. 8,50.
Fachmännisch gepflegt ist das beste Umdruckpapier. — Goldlack gibt der Bronze festen Halt und tadellosen Glanz auf dem schlechtesten Papier p. kg Mk. 5.— Bestes Tonschutzmittel für Zink „Radikal“ p. kg Mk. 3,50.— Trockenmittel usw. [180]
H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.

Fachliteratur.

Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Welland. Preisinkl. Porto 85 Pt. Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz.

Verbandsnachrichten

Bremen.

Kassierer, Auskunftserteller und Unterstützungsauswähler [120]

Karl Meyer,
Bremen, Grünenstraße 121, II.
— Abends von 5 bis 7 Uhr. —

Trier, Mosel.

Alle Anfragen sind zu richten an
Wilhelm Bär,
Heiligkreuzerstraße 24, II. [75]